

Verdrängter Terror

Sowjetische Spezial-
und Internierungslager
in Deutschland.
70 Jahre danach.



Kongress am
10. Oktober 2015

Schirmherr: Michael Müller,
Regierender Bürgermeister von Berlin

in der Gedenkstätte Berliner Mauer
Besucherzentrum Bernauer Str. 119
13355 Berlin-Mitte

UNION DER OPFERVERBÄNDE
KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT



UOKG e.V. (Hrsg.)

Herstellung:

Satzherstellung Neymanns

Telefon: (030) 70 24 22 24

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com

www.satzherstellung.com

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben durch die Union der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der UOKG dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.,
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 77 93 51, Fax (030) 55 77 93 40
www.uokg.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller	5
Andreas Weigelt Lagerwirklichkeit und Lebensbedingungen im sowjetischen Speziallager Jamlitz	6
Eva Ochs Mit dem Abstand von Jahrzehnten. Zur lebensgeschichtlichen Verarbeitung des Aufenthalts in sowjetischen Speziallagern in der Bundesrepublik Deutschland . . .	10
PODIUM I – „Zeitzeugenbericht und Rückblick auf die Gründungsphase der Lagergemeinschaften“	21
Eberhard Hoffmann Zeitzeugenbericht am 10.10.2015 beim UOKG-Kongress im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer	21
Sybille Krägel „Filialen des GULAG – Sowjetische Spezial- und „Internierungslager“ in Deutschland – 2015 – 70 Jahre danach“	24
Gerhard Taege Aussagen am 7. Oktober 2015 – UOKG-Kongress zu sowjetischen Speziallagern Gedenkstätte Berliner Mauer	28
Jörg Morré Speziallager als Mittel sowjetischer Repression	31
Dr. Ricarda Lukas Psychische und physische Folgen der Internierung in sowjetischen Speziallagern	39
PODIUM II – „Ausblick: Zur Zukunft der Lagergemeinschaften und Initiativgruppen“	47

Einleitung

Am 10. Oktober 2015 fand in der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 111, der Kongress „Verdrängter Terror. Sowjetische Spezial- und Internierungslager in Deutschland. 70 Jahre danach“ statt.

Der vorliegende Tagungsband präsentiert die Texte der im Rahmen der Veranstaltung gehaltenen Redebeiträge.

Wir danken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die sowohl den UOKG-Kongress förderte, als auch die Herausgabe dieser Publikation ermöglichte.

Teilnehmer des Kongresses waren:

- **Andreas Weigelt:** Historiker
- **Dr. Eva Ochs:** Historikerin
- **Eberhard Hoffmann:** Zeitzeuge und Mitglied der Initiativgruppe Lager Mühlenberg e.V.
- **Sybille Krägel:** Angehörige, Gründerin und Vorsitze der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/OS und Vorstandsmitglied der UOKG
- **Gerhard Taege:** Zeitzeuge und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.
- **Dr. Jörg Morré:** Historiker und Direktor des Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst
- **Dr. Ricarda Lukas:** Psychotherapeutin
- **Dr. Rita Lüdtke:** Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- **Matthias Taatz:** Pfarrer und Vorsitzender der Initiativgruppe Lager Mühlberg
- **Eckhard Fichtmüller:** Superintendent i.R., Ehrenbürger der Stadt Fürstenwalde und Vorsitzender der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.

Moderatoren:

- **Wolfgang-Christian Fuchs:** Vorstandsbeauftragter der UOKG und Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V. (Inter-Asso)
- **Helmut Frauendorfer:** Referent für politische Bildung bei der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- **Rainer Potratz:** Referent für Öffentlichkeitsarbeit LakD Potsdam

Kongressorganisatorin:

- **Anna Michels-Boger:** Projektkoordinatorin UOKG e.V.

Grußwort

des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller,
für den von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)
ausgerichteten Kongress

„Verdrängter Terror: Sowjetische Spezial- und Internierungslager. 70 Jahre danach“
am 10. Oktober 2015 in der Gedenkstätte Berliner Mauer

Mit der Errichtung der zehn sowjetischen Speziallager in Ostdeutschland unmittelbar nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands brach eine neue Zeit der Unfreiheit und Unmenschlichkeit an. Wer als Feind des Sowjetsystems galt, musste damit rechnen, willkürlich, oft aufgrund von Denunziation, verhaftet und ohne rechtsstaatliche Grundlage unter menschenunwürdigen Bedingungen weggesperrt zu werden. Zu den Inhaftierten gehörten neben Mitgliedern und kleineren Funktionsträgern von NSDAP und SS, von Wehrmacht und Volkssturm auch Journalisten, Mitarbeiter von Presse und Rundfunk, Ärzte, Bank-Mitarbeiter und Menschen, die als Feinde des Sowjetsystems galten. Darunter waren nicht nur zahlreiche Nazi-Gegner, sondern auch Kinder und Jugendliche. Sie wurden gefoltert, Frauen wurden vergewaltigt. Die Inhaftierten litten an schlechter Versorgung und den katastrophalen hygienischen Bedingungen. Viele starben an Infektionen und Mangelkrankheiten.

Mit der Auflösung der Speziallager, die im Falle von Bautzen sowie der ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen erst 1950 erfolgte, war der Leidensweg vieler Inhaftierter noch nicht beendet. Viele wurden zur Zwangsarbeit in sowjetischen Straflagern herangezogen, andere landeten im Zuchthaus. Kinder wurden ihren Familien entzogen. Die Verhältnisse in den Speziallagern zu schildern, war in der DDR strengstens verboten und wurde schwer bestraft. Die Erinnerung an das Unrecht sollte ausgelöscht werden.

Die Geschichte der sowjetischen Speziallager aufzuarbeiten, ist daher überaus verdienstvoll. Denn das bedeutet, die Anfänge der kommunistischen Gewaltherrschaft in Ostdeutschland auszuleuchten und an deren Opfer zu erinnern. Der von der UOKG ausgerichtete Kongress „Verdrängter Terror: Sowjetische Spezial- und Internierungslager. 70 Jahre danach“ untersucht zahlreiche Facetten eines Geschichtskapitels, dessen Aufarbeitung bis heute eine herausragende gesellschaftliche und politische Bedeutung hat.

Ich begrüße sehr herzlich alle Gäste in Berlin und wünsche Ihnen allen eine anregende und ertragreiche Konferenz.



Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

Andreas Weigelt

Lagerwirklichkeit und Lebensbedingungen im sowjetischen Speziallager Jamlitz

Das Speziallager Nr. 6 des NKWD in Jamlitz bestand von Ende August 1945, als ein Vorkommando aus Frankfurt (Oder) die ehemalige Filiale des KZ Sachsenhausen notdürftig wieder instandsetzte, bis Anfang Juni 1947, als das kleine Häftlingsnachkommando den Ort in Richtung Sachsenhausen verließ.

In Jamlitz waren namentlich nachweisbar rund 10.200 deutsche Zivilisten, unter ihnen etwa 900 Frauen und mehrere Hundert Jugendliche, inhaftiert. Laut einer Analyse der dokumentierten NKWD-Vorwürfe bestand im Herbst 1945 für mehr als 70 Prozent der Insassen der sogenannte Haftgrund darin, daß sie als aktive Nationalsozialisten oder Unterstützer der nationalsozialistischen Diktatur betrachtet wurden. Die Häftlinge dieser Gruppe waren 45 bis 50 Jahre alt oder älter.

Das rechtwinklige, in einen 70jährigen Kiefernwald hineingebaute Lager – in dem bis Februar 1945 den jüdischen Häftlingen auf den Baustellen der Waffen-SS der rasche Tod mittels Vernichtung durch Arbeit zudedacht war – bestand aus 18 ungedämmten Unterkunftsbaracken, einer Küche, einem Revier, einigen Baracken für logistische Zwecke, zwei Latrinen und einem dreifach gezogenen Stacheldrahtzaun, später mit drei Meter hohen Brettern verplankt, an den Ecken standen Wachtürme. Soweit die sachlich-baulichen Voraussetzungen, die sich in ihrer Wirkung bald auf die Häftlinge des Speziallagers fortschreiben würden.

Wollte man einleitend etwas Gültiges sagen über die Haftbedingungen in diesem Lager Nr. 6, so mag zunächst der Hinweis ausreichend sein, daß in Jamlitz von den 10.200 Häftlingen innerhalb von 20 Monaten rund 3400 starben, wobei die allerwenigsten mehr als 12 Monate hier inhaftiert gewesen waren. Daß das Verhungernlassen jedes Dritten in den Lagern kein Kavaliersdelikt darstellt, versteht sich von selbst.

Bleiben wir zunächst bei den Lagerbedingungen. Was zählen wir, nach 25 Jahren Forschung und Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Lagerformen, eigentlich zu den Bedingungen einer solchen Lagerhaft?

Bekannt ist, daß sich die Rahmenbedingungen nur zum Geringsten aus den Verwaltungsakten der Lageradministration ableiten und beschreiben lassen. Aber immerhin wissen wir aus diesen Quellen, wieviel Platz den Häftlingen in einer Baracke zur Verfügung stehen sollte, nämlich durchschnittlich 1,8 Quadratmeter, wir kennen die offizielle Ernährungsnorm von anfangs 600 Gramm nassem Kastenbrot und von soundsoviel Gramm Butter, Fleisch, Margarine, Kartoffeln, Gemüse usw. pro Tag. Wir wissen aus den Akten auch, daß die Isolierung der als aktive Nazis betrachteten Menschen vom Rest

der Gesellschaft der Hauptzweck der Lager war und der wesentliche Unterschied zu den Zwangsarbeits- und Straflagern des Gulag in der Sowjetunion das Arbeitsverbot, das Nichtstun war. Gewiß kamen später auch SMT-Verurteilte in einige der Lager, und es entstand damit eine weitere Funktion, aber dies betraf Jamlitz nicht.

Der größte Teil der jedoch eher inoffiziellen Regeln in diesem Lager, die die Lebensbedingungen im Mikrokosmos für bis zu 7600 gleichzeitig inhaftierte Menschen entscheidend prägten, ist uns durch die Erinnerungsarbeit der Überlebenden bekannt. Etwa, daß sie nur zu zehnt auf die Latrine gehen durften, daß nachts für die Notdurft eine bewachte Holz- oder Blechtonne vor der Barackentür stand, daß die von den Bewachern eingesetzten deutschen Häftlingsfunktionäre das Recht besaßen, Lebensmittel abzuzweigen und sie sogar ein eigenes Gefängnis innerhalb des Lagers unterhielten und nur die sogenannten schwere Fälle den Bewachern zu übergeben brauchten, also eine Art internes Strafrecht besaßen. Daß sie schlagen durften und schlugen, daß also auch deutsche Häftlinge verantwortlich für die Lagerwirklichkeit waren.

Und damit führe ich den anderen im Thema des Vortrags genannten Begriff ein, der nämlich zu umschreiben versucht, was neben dem offiziellen Rahmen gleichfalls zu den Lebensbedingungen gehörte, die Lagerwirklichkeit.

Es gab einerseits den von außen, vom NKWD gesetzten Rahmen der totalen Reduzierung des Lebens, ein Begriff, den ich von Ruth Herzfeld übernehme, die als Jamlitz-Überlebende hierzu 1957 einen betrachtenden Text verfaßt hat. Zur totalen Reduzierung der Lebensmöglichkeiten durch die Bewacher, genauer gesagt durch die zentrale Lagerverwaltung in Berlin und deren Vorgesetzte in Moskau, tritt jedoch in jedem Lager hinzu, was die Häftlinge mitbringen in die Haft, was sie zuvor erlebt haben, wie sie denken, fühlen, beurteilen und wie sie sich in das Gegebene fügen können oder nicht.

In das Lager kamen Häftlinge, die in den Untersuchungsgefängnissen mißhandelt und zum Teil schwer verletzt wurden. Ihre Ausgangsbedingungen waren ungleich jenen, die derartiges nicht erleiden mußten. Andere waren körperbehindert, sie hätten nach den Befehlen des NKWD nicht in ein Lager gebracht werden dürfen, einer der zahlreichen Brüche der eigenen Regeln durch die sowjetischen Verantwortlichen. Es gab Frauen, die schwanger inhaftiert worden waren und in Jamlitz mit ihren Babys lebten. Zu ihrer Lagerwirklichkeit gehört aber auch, daß die Bewacher sich ihrer besonders annahmen, Lebensmittel und Windeln beschafften und sogar zuließen, daß Spielzeug hergestellt wurde. Die unmittelbar für die Lager Zuständigen waren nicht befugt, sie zu entlassen. Offiziell durften die Kinder nicht registriert werden, inoffiziell jedoch sorgte man sich um sie, als wären die Mütter freie Menschen. Abweichende Lagerwirklichkeit als Teil der lebensbedrohlichen Lebensbedingungen.

Oder betrachten wir die kranken Häftlinge. Laut sowjetischen Unterlagen litten schon bald nach der Halbierung der Lebensmittelrationen Anfang November 1946 rund 70 Prozent der Häftlinge an Dystrophie ersten bis dritten Grades, d.h. waren schwer erkrankt. Offiziell gab es eine Lagerapotheke, eine Apothekerin, aber ich kenne keinen Bericht, der diese Apotheke erwähnt, von Medikamenten ist, wenn überhaupt, nur am Rande die Rede. Aus den Unterlagen geht aber auch hervor, daß die sowjetische Lagerärztin bald nach der einschneidenden Lebensmittelkürzung einen Hilferuf an ihre Vorgesetzten in Berlin abschickte und darin drohend ankündigte, daß die meisten Häftlinge in kurzer Zeit sterben würden, wenn nicht sofort die Lebensmittelzuteilung merklich erhöht werde. Tatsächlich reagierte die Zentrale schon binnen eines Monats und ließ Anfang Dezember 1946 etwas mehr Brot ausgeben und nach Weihnachten 1946 in allen Lagern war zumindest auf dem Papier die alte Norm wieder erreicht. Dennoch hielt das gerade in Gang geratene Massensterben, das die Speziallager in besonderer Weise zu einem historiographischen Gegenstand gemacht hat, bis März 1947 an. Im kürzesten Monat Februar starben in Jamlitz namentlich nachweisbar 761 Häftlinge den Hungertod, fast jeder dritte der insgesamt in Jamlitz Gestorbenen. Zu dieser Lagerwirklichkeit ist aber auch zu zählen, welche Strategien Häftlinge entwickelten, um selbst zu überleben, so die zahlreich beschriebenen Lebensmitteldiebstähle. Genauso natürlich die vielfältigen Formen der Solidarität und der Aufopferung, etwa die von Gertrud Lehmann-Waldschütz beschriebene, die als tatsächlich aktive Nationalsozialistin ihre individuelle Verantwortung anerkannte und aus diesem Gefühl der Schuld heraus sich im Krankenrevier der Lager Jamlitz und Mühlberg der kranken und hilfebedürftigen Jugendlichen annahm, sie pflegte und ihnen auch Mutter war.

Zur Lagerwirklichkeit gehören auch die Überschreitungen der Regeln, die Kraft spenden und Mut machen. Zahlreich sind die überlieferten Gedichte, oder die herausgeschmuggelten Kassiber, für die man Brot geben mußte, das heimliche Singen, oder Versuche, sich wieder Gottes zu besinnen, das Entstehen von Lagerfamilien, die Halt gaben und der Unsinnigkeit des wochen- und monatelangen Nichtstuns etwas Menschliches entgegensetzte.

Überliefert sind Hilfsleistungen von Jamlitzern, etwa beim Herstellen von Kontakten zur Außenwelt. Jamlitz besaß einen Bahnhof und von Zeit zu Zeit entstiegen den Reisezügen aus Frankfurt (Oder) oder Cottbus Angehörige, die sich fragend im Dorf umtaten und tatsächlich auch Kontakte zu den wenigen außerhalb des Lagers eingesetzten Häftlingen knüpften. Dabei geschahen unglaubliche Dinge. So konnte der aus Hennigsdorf stammende Jugendliche Herbert Scherner für wenige Minuten seine Mutter treffen, an einem frisch ausgehobenen Massengrab, dort wo sich heute die Gedenkstätte Waldfriedhof befindet. Ein weiteres Partikel Lagerwirklichkeit.

Zusammenfassend muß man festzustellen: Die Häftlinge hatten nicht die Möglichkeit, nicht die Position, die durch die Lagerverantwortlichen aufgezwungenen extremen

Lebensbedingungen zu kritisieren oder die Bewacher anzuklagen, sie mußten und wollten in erster Linie überleben, in jedem beliebigen Augenblick, mehrere Jahre lang.

Ruth Herzfeld hat diesen Kampf so beschrieben:

Die Einengung des Raumes war der äussere, fassbare Ausdruck des reduzierten Lebens, das dem gefangenen Menschen durch ein nicht ergründbares Schicksal aufgezwungen war, mit dem er sich auseinandersetzen musste und das zu ertragen war, passiv – oder aktiv durch den Versuch, es trotz seiner Dürftigkeit, seiner Unterkühlung, seiner Enge zu gestalten, denn es gab einen Weg in die Tiefe!

Und:

Es gab keinen Spiegel. Für eine winzige Spiegelscherbe wurden mehrere Scheiben Brot bezahlt. Es war tatsächlich so, der einzige Spiegel lag im Auge des Mitgefangenen und in einem selbst.

Und:

Zwölf Jahre danach, voller Rückblick, Einordnung und Abstand bleibt die Frage, ob die Grenze erreicht wurde, die das Ertragbare vom Nichtmehrertragbaren trennt. Ich persönlich bekenne dankbar, dass mein Weg nicht unmittelbar bis an die Grenze führte. Möchte das Schicksal den Menschen davor bewahren, das aushalten zu müssen, was er ertragen kann.

Ich danke Ihnen.

Mit dem Abstand von Jahrzehnten. Zur lebensgeschichtlichen Verarbeitung des Aufenthalts in sowjetischen Speziallagern in der Bundesrepublik Deutschland

Der ehemalige Internierte Gerhard Nattke berichtet von seiner Empörung, als er im Januar 1985 im Fernsehen die Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald durch den damaligen nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau verfolgt: „Da hat mich so 'ne kalte Wut gepackt, da hab ich ihm 'nen Brief geschrieben!“ Eine Kopie des Briefes hat er aufgehoben:

„Ich gehöre wie Sie dem Jahrgang 1930 an. Mit Tausenden von Jugendlichen wurde ich 1945 von den Sowjets verhaftet und 1950 aus Buchenwald entlassen. Der größte Teil dieser jungen Menschen mußte in den Lagern, unter anderem auch in Bautzen und Sachsenhausen, ihr Leben lassen. Sie werden nun sicherlich nicht der Auffassung sein, daß unsere Jahrgänge so hochkarätige Nazis waren, um mit einer Spezialbehandlung nach Gestapo- oder NKWD-Methoden zu vernünftigen Menschen erzogen zu werden. Mich stört an Ihrer Kranzniederlegung nur, daß Sie nicht den Mut hatten, auch den Opfern einer kommunistischen Herrschaft nach 45 mit einem Kranz zu gedenken. ... Da ich Sie als Mensch sehr schätze, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir einmal erklären könnten, warum ein führender Sozialdemokrat beim Besuch in Buchenwald nicht wenigstens für die eigenen Parteifreunde, die nach 45 dort ihr Leben lassen mußten, einen Blumenstrauß und ein paar Worte des Gedenkens übrig hatte.“¹

Gerhard Nattke war 1945 im Alter von 15 Jahren unter Werwolfverdacht vom sowjetischen NKWD in seinem Wohnort bei Cottbus verhaftet worden und hatte danach in den Internierungslagern Ketschendorf, Jamlitz, Mühlberg und schließlich Buchenwald eingesessen. 1956 war er aus in der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt. Solche Schilderungen von Empörung über diese ausbleibende Anerkennung der Buchenwald (oder Sachsenhausener) Häftlinge nach 1945 ist in dieser Gruppe der ehemaligen Internierten kein Einzelfall.

Ich möchte heute der Frage nachgehen, wie sich die ehemaligen Speziallagerhäftlinge, die nach ihrer Entlassung in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt waren, mit ihrer Selbstwahrnehmung in der westdeutschen Gesellschaft seit den 50er Jahren bis zur Wende aufgehoben gefühlt haben. Gab es eine Zeit, in der sie sich in ihrem Selbstverständnis anerkannt bzw. angemessen gewürdigt gefühlt haben? Welche gesellschaftspolitischen Veränderungen wurden dabei von ihnen als bedeutend bzw. als Zäsur empfunden?

¹ *Kopie des Briefes von Gerhard Nattke an Johannes Rau vom 14. Januar 1985 und das Antwortschreiben befinden sich in Kopie im Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager/Nattke.*

Die Frage der Wahrnehmung des eigenen Schicksals in der Bundesrepublik und ihre Auswirkung auf die Internierten ist bereits kursorisch von einzelnen Autoren behandelt worden – allerdings auf der Basis sehr weniger Aussagen. Andreas Eberhardt geht von einem durchgehenden Beschweigen der eigenen Lagerzeit aufgrund fehlender öffentlicher Anerkennung aus;² Alexander von Plato differenziert vor allem zwischen den 50er Jahren, in denen sich die ehemaligen Lagerhäftlinge im Zeichen des Kalten Kriegs als Opfer kommunistischer Willkür gut aufgehoben gefühlt hätten; erst mit dem gesellschaftlichen Wandel im Zuge der 68er hätten sie das Empfinden gehabt, mit ihrem Schicksal nicht mehr in die „gesellschaftspolitische Landschaft“ zu passen und als „Ewig-Gestrige“ abgestempelt zu werden.³ Auch Friedhelm Boll hebt hervor, dass die gesellschaftliche Modernisierung der 70er Jahre ein zunehmendes Gefühl der Entfremdung bei den Internierten ausgelöst habe.⁴ Plato betont zudem ein wachsendes Empfinden der „Opferkonkurrenz“ gegenüber den Verfolgten des Naziregimes, denen, wie oben ja bereits hervorgehoben wurde, an den Stätten des eigenen Leidens Buchenwald und Sachsenhausen gedacht wurde.⁵

Ich möchte diesen Zusammenhängen anhand von lebensgeschichtlichen Interviews nachgehen, die ich in den 90er Jahren mit ehemaligen Häftlingen im Rahmen eines von Lutz Niethammer geleiteten Kooperationsprojekts zur Erforschung der sowjetischen Speziallager durchgeführt habe.⁶ Zusätzlich habe ich auch schriftliche Erinnerungen ausgewertet, die die Befragten verfasst, aber zumeist nicht publiziert hatten.⁷ Parallel dazu möchte ich die öffentliche Wahrnehmung der Speziallagerhäftlinge in den Medien thematisieren, die von Bodo Ritscher und vor allem Wolfram von Scheliha gründlich untersucht worden ist.⁸

2 Andreas Eberhardt, *Verschwiegene Jahre. Biographische Erzählungen von Gefangenschaft und dem Leben danach*, Berlin 1998.

3 Alexander von Plato, *Internierung in Ost und West nach 1945. Elemente des Vergleichs der Opferhierarchien und Opferkonkurrenzen*, in: Petra Haustein (Hg.), *Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute*, Göttingen 2005, 100-113, hier S. 101.

4 Friedhelm Boll, *Sprechen als Last und Befreiung. Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen*, Bonn 2001.

5 Plato, *Internierung in Ost und West nach 1945*.

6 Die Ergebnisse des Projekts wurden u.a. veröffentlicht in: Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950*, Berlin 1998.

7 Die Interviews und die ungedruckten Manuskript sind archiviert im Institut für Geschichte und Biografie der FernUniversität Hagen, Bestand Speziallager.

8 Bodo Ritscher, *Die NKWD/MWD-„Speziallager“ in Deutschland. Anmerkungen zu einem Forschungsgegenstand*, in: Danyel, Jürgen (Hg.), *Die geteilte Vergangenheit: Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 163-179; Wolfram von Scheliha, *Die sowjetischen Speziallager – ein Symbol des kommunistischen Unrechts in der publizistischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West bis zum Bau der Berliner Mauer*, in: Petra Haustein (Hg.), *Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute*, Göttingen 2006, S. 10-29.

1. Deutungen während der Lagerzeit

Die ehemaligen Insassen der sowjetischen Speziallager, die im Laufe der 50er Jahre in die BRD übersiedelten, hatten einige Jahre Lagerhaft und häufig auch noch eine Haftzeit in DDR-Gefängnissen hinter sich. Einige gehörten auch zu der Gruppe, die aus den Lagern in die Sowjetunion deportiert worden waren und erst von dort zurückkehrten.

Die katastrophalen Lebensbedingungen in den Speziallagern, die unter anderen in Buchenwald, Sachsenhausen oder Bautzen von sowjetischen NKWD errichtet worden waren, die grassierenden Krankheiten und die zeitweise extrem niedrigen Verpflegungsraten bedingten eine hohe Sterberate. Etwa ein Drittel der ca. 120.000 deutschen Insassen überlebten die Lagerzeit nicht.⁹

Die befragten Häftlinge waren Zeugen dieses Sterbens und zum Teil selbst überzeugt, die Lagerzeit nicht zu überstehen. Umerziehungsmaßnahmen im Sinne einer „Re-Education“ fanden in den Lagern nicht statt; Auseinandersetzungen über das untergegangene NS-Regime wurden, wenn überhaupt, dann von den Jüngern angestoßen, die von den Älteren Orientierung über das Geschehene erhofften. Verbitterung über die Isolation von der Außenwelt, die Kontaktsperre zu den Angehörigen und die Ungewissheit, wie lange die Lagerhaft noch dauern würde, waren neben Hoffnungslosigkeit die vorherrschenden Empfindungen. Angesichts dieser Situation waren offenbar die wenigsten dazu bereit, sich mit den Fragen von Mitschuld oder Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes auseinander zu setzen.¹⁰

Die in den Lagern einsitzenden Häftlinge waren nicht ausschließlich aufgrund ihrer tatsächlichen oder angeblichen Verstrickung in das nationalsozialistische Regime interniert oder gar verurteilt. In zunehmender Zahl befanden sich auch solche dort, die als irgendwie geartete Gegner der Besatzungsmacht wegen Spionage oder antisowjetischer Äußerungen von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren. In den lebensgeschichtlichen Erzählungen der Befragten wird diesen Unterschieden allerdings zumeist keine Bedeutung zugemessen. Es wird eine Solidarisierung deutlich, die zum großen Teil schon in den Lagern stattgefunden hat. Sie bewirkte, dass alle Befragten sich selbst und ihre Mithäftlinge als unschuldige Opfer einer kommunistischen Willkürherrschaft definierten, die von dem sowjetischen NKWD ausgeübt und vom politischen System der DDR mitgetragen wurde.¹¹ Dieses Empfinden wird in den Interviews und schriftlichen Berichten insbesondere in den Erzählungen über die „Verhaftungen von der Straße weg“ deutlich, ein Erzählmotiv, das sich quer durch alle Häftlingsgruppen in den Schilderungen finden lässt. Im Kern geht es dabei um die

9 Alexander von Plato, *Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland. Eine Einführung*, in: Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Band 1 Studien und Berichte*, Berlin 1998, S. 19-75, hier S. 54.

10 Eva Ochs, „Heute kann ich das ja sagen.“ *Lagererfahrungen von Insassen sowjetischer Speziallager in der SBZ/DDR*, Köln u.a. 2006, S. 127ff.

11 Ebenda, S. 230.

Beschreibung einer Situation während eines Häftlingstransports, in der die russischen Bewacher nicht zögern, einen vorbeikommenden, unbeteiligten Passanten in die Häftlingsreihen zu zwingen, nachdem einer der Häftlinge unterwegs verstorben war und die NKWD-Soldaten das angegebene Häftlingskontingent abzuliefern verpflichtet waren. Diese Geschichte findet sich als Variante in zahlreichen Häftlingsberichten – ohne dass sie allerdings tatsächlich selbst erlebt wurde. Dass ihr in den Berichten der ehemaligen Internierten aber sein so hoher Stellenwert zukommt, zeigt, wie sehr sich in ihr die Selbstdeutung der Lagerhäftlinge versinnbildlicht: So wie der zufällig vorbeikommende Passant sind sie selbst ein unschuldiges Opfer einer willkürlich agierenden Macht.¹²

2. Integration nach der Entlassung

Nach der Entlassung aus den Lagern bzw. den DDR-Gefängnissen hatten die meisten ehemaligen Häftlinge offenbar nicht das Gefühl, dass ihre Haftzeit jetzt wirklich vorbei sei.¹³ Dazu trug auch nicht unwesentlich die Schweigeverpflichtung bei, die sie nach Verlassen der Lager hatten abgeben müssen mit dem Hinweis, bei einem Verstoß erneut verhaftet zu werden. Viele fühlten sich unter weiterer Beobachtung der DDR-Behörden, und es gibt auch Belege dafür, dass zumindest in den ersten Monaten Überwachungen stattgefunden hatten.¹⁴ Die Erfahrungen, die viele nach ihrer Entlassung aus den sowjetischen Lagern mit den ostdeutschen Gerichten oder Gefängnissen gemacht hatten, werden im Nachhinein zum Teil als noch schlimmer bewertet als die diejenigen mit dem sowjetischen Wachpersonal. All dies zusammen ließ in vielen den Wunsch entstehen, sich in den Westen Deutschlands zu begeben, wobei aber auch die familiäre Situation eine große Bedeutung hatte.¹⁵

Im Westen angekommen, waren die Aufnahmeformalitäten in den Flüchtlingslagern und die Anerkennungsverfahren als politische Flüchtlinge für einige erneut eine belastende Erfahrung. Sie fühlten sich überfordert beim Gang von Ämtern zu Ämtern und dem Ausfüllen einer Flut von Formularen, nach einer mehrjährigen Haftzeit und einer Erfahrungsfolie, die sich auf das Jahr 1945 und danach allenfalls auf die Verhältnisse

12 *Ebenda*, S.

13 *Vgl. dazu auch Andreas Eberhardt, Verschwiegene Jahre. Biographische Erzählungen von Gefangenschaft und dem Leben danach, Berlin 1998; dagegen argumentiert allerdings Friedhelm Boll, der nicht die offizielle Entspannungspolitik der Bundesregierung für die Enttäuschungen der Speziallagerhäftlinge verantwortlich sieht, sondern mehr das allgemeine gesellschaftliche Klima, das er als „Linksentwicklung“ eines Teils der jungen Generation beschreibt, die stark im Zusammenhang mit der mangelnden Aufarbeitung der NS-Geschichte gestanden habe, vgl. Friedhelm Boll, Sprechen als Last und Befreiung, S. 333 ff; insbes. S. 425. Meiner Meinung nach sind beide Ebenen kaum voneinander zu trennen; die Erfahrungsberichte sprechen aber dafür, dass die beschriebenen politischen Gesten für die ehemaligen Speziallagerhäftlinge einen hohen symbolischen Wert hatten.*

14 *Zumindest bezogen auf das Land Thüringen wird dies belegt durch die Untersuchung von Christian Schölzel, Ungedruckte Quellen in deutschen Archiven und Bibliotheken zum Thema Speziallager, in: Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Band 1: Studien und Berichte, Berlin 1998, S. 83-96, hier S. 84.*

15 *Ochs, „Heute kann ich das ja sagen.“, S. 307f.*

in der DDR bezog. Viele berichten auch von Misstrauen und Unglaube, die ihnen von Amtspersonen entgegengeschlagen seien. Dieses Misstrauen habe sich auf die Schilderungen der Lebensumstände und der Dauer der Lagerhaft, bis zu fünf Jahre gegründet: „Wer so lange in einem KZ gesessen hat, wird schon etwas auf dem Kerbholz haben“, schildert Hans Drobek, der 1946 als ehemaliger HJ-Führer für drei Jahre interniert worden war, solche Reaktionen.¹⁶ Misstrauen und Unglaube betraf aber auch insbesondere diejenigen, die vor ihrer Lagerhaft von einem sowjetischen Militärgericht oder nach ihrer Lagerzeit bei den berüchtigten Waldheimprozessen zum Teil zu 25 Jahren Haft verurteilt worden waren und diese in DDR-Gefängnissen abgesehen hatten: „Wenn ich da drin gesessen habe, werde ich schon etwas verbrochen haben“, beschreibt Joachim Gringmuth (wegen Westspionage verurteilt) solche Reaktionen.¹⁷

Misstrauen, Unglaube, bestenfalls Desinteresse („Das wollte doch keiner mehr hören“) sind die Reaktionen, die die Übersiedelten aber auch für ihr sonstiges soziales Umfeld beschreiben. Auch Neid von Nachbarn auf bevorzugte Zuteilungen von Wohnraum und auf die Haftentschädigungszahlungen haben viele erlebt. Einige schildern durchaus auch positive Erfahrungen, die sie zum Beispiel am Arbeitsplatz gemacht hatten; aber offenbar haben sich die negativen viel stärker in das Gedächtnis eingegraben.

Aus heutiger Sicht werden nur von zweien explizit die 50er Jahre als Zeitraum geschildert, in dem sie sich mit ihren Erfahrungen in der Bundesrepublik aufgehoben und anerkannt gefühlt hatten. Auf Nachfrage berichtet nur einer von ihnen, dass er in den 50er Jahren in den Gazetten vereinzelte Meldungen über die Speziallagerhäftlinge wahrgenommen habe.

3. Präsenz in den Printmedien

Zumindest die Präsenz in den Printmedien vermittelt dabei eigentlich einen anderen Eindruck. Seit der ersten Entlassungsaktion im Sommer 1948 hatte sich die westdeutsche Presse massiv der Lagerhäftlinge angenommen und damit auch Reaktionen in den ostdeutschen Medien hervorgerufen.¹⁸ Zeugenaussagen ehemaliger Internierter wurden publiziert. Auch die Schließung der letzten Lager im Februar 1950 erzeugte ein ähnlich lebhaftes Presseecho. Auch in späteren Jahren fanden Entlassungen ehemaliger Insassen der Speziallager, die mittlerweile dem DDR-Strafvollzug übergeben oder noch bei den Waldheimer Prozessen verurteilt worden waren, durchaus Beachtung in den Medien. Die verschiedenen Entlassungsschübe 1952, 1954 und 1956 wurden publizistisch aufmerksam begleitet und stets mit Hinweisen auf die Schicksale derjeni-

¹⁶ Interview mit Hans Drobek vom 29.01.1991; Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

¹⁷ Interview mit Joachim Gringmuth vom 19.03.1991, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

¹⁸ Bodo Ritscher, *Speziallager Nr. 2 Buchenwald. Zur Geschichte des Lagers Buchenwald 1945-1950, Weimar-Buchenwald 1993, S. 157ff.*

gen versehen, die noch immer in den DDR-Haftanstalten einsaßen.¹⁹ In den Berichten wurde zwischen den unterschiedlichen Häftlingsgruppen zumeist nicht differenziert, wenn über ihr Eintreffen in der Bundesrepublik berichtet wurde, bezeichnete man sie zumeist pauschal als „Heimkehrer“.

In seiner sorgfältigen Studie hat Wolfram von Scheliha die quantitative Dimension der Presseberichterstattung über die sowjetischen Speziallager untersucht. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass diese zu einem der wichtigsten Themen der öffentlichen Debatte zwischen West- und Ostdeutschland in den ersten Jahren des Kalten Krieges geworden seien.²⁰ Dabei seien zwei Faktoren zusammen getroffen: Zum einen war es durch die ersten Entlassungen aus den Lagern im August 1948 möglich geworden, konkretere Informationen über die Lager durch die ersten Berichte der Zeitzeugen zu gewinnen, die insbesondere durch die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und das Ostbüro der SPD gesammelt wurden. Dass diesen eine solche Aufmerksamkeit zuteil wurde, hing auch mit dem Zeitraum, nämlich zwei Monate nach der Verhängung der sowjetischen Blockade über die Westberliner Sektoren, zusammen. In dieser politisch aufgeheizten Lage fiel den Berichten über die Speziallager – so die Einschätzung Schelihas – eine Schlüsselfunktion zu: Die „sowjetischen KZs“, wie sie nun in der Presse genannt wurden, entwickelten sich zu einem Symbol des kommunistischen Unrechts im sich zuspitzenden Ost-West-Konflikt. Das Symbol der sowjetischen Konzentrationslager hatte nach Scheliha dabei ein entlastendes Moment, da es die ehemaligen Insassen pauschal und unabhängig von ihrer NS-Vergangenheit zu „unschuldigen Opfern“ machte und die Erinnerung an die nationalsozialistischen Konzentrationslager in den Hintergrund treten ließ.²¹ Erst mit dem Bau der Mauer im Jahr 1961, so die Untersuchung Schelihas, ging die Berichterstattung über die Schicksale der Speziallagerhäftlinge drastisch zurück, die Lager seien fast vollständig aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Als zentrale Erklärung macht er dabei deutlich, dass durch den Bau der Berliner Mauer diese nun die Lager als Mahnmal für die Unmenschlichkeit des DDR-Regimes abgelöst hätte. So titelte zum Beispiel die Zeitschrift ‚Der Abend‘ am 14. August 1961: „Ganz Ost-Berlin ist ein KZ“.²²

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum diese Form der nicht unerheblichen öffentlichen Wahrnehmung zumindest in den 50er Jahren sich so wenig in den

19 *Die beiden letzten Entlassungsschübe 1954 und 1956 standen im Zusammenhang mit der angespannten innenpolitischen Lage seit 1953 bzw. der kurzfristigen Tauwetterperiode nach dem XX. Parteitag der KPDSU 1956 und wurden auf Druck der Sowjetunion angeordnet; vgl. Falco Werkentin, Zur Dimension politischer Inhaftierung in der DDR 1949-1989, in: Müller, Klaus-Dieter/Stephan, Annegret (Hg.), Die Vergangenheit läßt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998, S. 139-152, hier S. 141-142.*

20 Scheliha, *Die sowjetischen Speziallager – ein Symbol des kommunistischen Unrechts in der publizistischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West*, S. 10f.

21 *Ebenda*, S. 22.

22 *Ebenda*, S. 22.

Erinnerungen der Befragten niedergeschlagen hat. Eine Erklärung dafür ist, dass der im Laufe der 60er Jahre einsetzende Bedeutungsverlust der Speziallager diese positiveren Erinnerungen überlagert habe, wie Alexander von Plato schon vermutet hat.²³ Aber es drängen sich auch noch andere Erklärungsmuster auf: Mag auch die veröffentlichte Meinung die ehemaligen Speziallagerhäftlinge als Zeugen für kommunistisches Unrecht gewürdigt haben – in der Bevölkerung war die Wahrnehmung doch eine differenziertere. Das persönliche Schicksal der ehemaligen Häftlinge traf schon zu Beginn der 50er Jahre auf ein Thematisierungstabu, das sich auf die Erlebnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit bezog und durch die unlösbare Verflechtung des Zweiten Weltkriegs mit dem Nationalsozialismus verstärkt wurde.²⁴ Kriegserfahrungen und Erfahrungen von Flucht und Vertreibung waren davon genauso betroffen wie Entnazifizierung und Internierung in den westlichen Besatzungszonen.²⁵ Die internierten Speziallagerhäftlinge trafen auf ein Desinteresse, das sich in gleicher Weise auf die Erfahrungen in den westdeutschen wie in den ostdeutschen Internierungslagern bezog. In den Übergesiedelten sah man vermutlich weniger Opfer des Stalinismus als Opfer der Folgen des Nationalsozialismus, von dem man nichts mehr wissen wollte. Erzählten die Internierten dennoch davon, dass sie bis zu fünf Jahren in einem Lager gesessen hatten, so trafen sie im Westen auf eine Erfahrungsfolie, nach der Internierung von nur leicht belasteten Personen nach einem Jahr beendet war.²⁶ Das Schweigen über die nationalsozialistische Vergangenheit, über Entnazifizierung und Internierung war in der Bevölkerung durchaus von dem Verdacht begleitet, dass viele wieder unter ihnen lebten, die sich schwerer Vergehen schuldig gemacht hatten. Von diesem Verdacht waren aber auch diejenigen betroffen, die als „Gegner der Besatzungsmacht“ etwa wegen Spionage oder antisowjetischer Äußerungen verurteilt in den Lagern einsaßen. Nannten sie ihr zum Teil hohes Strafmaß von zwischen 10 und 25 Jahren, so rief auch dies in der westdeutschen Bevölkerung erhebliche Zweifel an der behaupteten Unschuld hervor.

Meine These wäre also hier: Auch wenn das Schicksal der Lagerhäftlinge in der veröffentlichten Meinung der 50er Jahre als Symbol eines kommunistischen Unrechtsregimes fungierte: unterhalb dieser Ebene, im Kontakt mit Ämtern, Nachbarn und Ar-

23 Alexander von Plato, *Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss*, in: BIOS 13 (2000), H. 1, S. 5-29, hier: S. 10-11.

24 Vgl. dazu Vera Neumann, *Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik. Lebensgeschichtliche Erinnerungen*, Münster 1999, und Albrecht Lehmann, *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990*, München 1991.

25 Vgl. dazu Heiner Wember, *Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands*, Essen 1991, S. 224-229, und Lutz Niethammer, *Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945. Vergleich und offene Fragen*, in: Jansen, Christoph /Niethammer, Lutz/Weisbrod, Bernd (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen*, Berlin 1995, S. 469-492, hier S. 489.

26 *Ebenda*.

beitskollegen begegneten die ehemaligen Internierten Einstellungen, die ihr Empfinden, ein **unschuldiges** Opfer einer Willkürherrschaft zu sein, in Zweifel zogen.²⁷

4. Ostpolitik als Zäsur

Für die Frage, ob diesen Empfinden der ehemaligen Internierten sich in den Jahrzehnten bis zur Wende verändert hat, war es auch interessant zu untersuchen, ob die von Scheliha ausgemachte Zäsur des Mauerbaus 1961 für die öffentliche Erinnerungskultur auch eine Bedeutung in den lebensgeschichtlichen Berichten der Speziallagerhäftlinge gehabt hatte. Hier ergibt sich allerdings der Befund, dass jenseits der Problematik des Kontakts zu Verwandten in der DDR dieser Einschnitt nicht feststellbar ist.

Was dagegen einen erheblichen Niederschlag in den Interviews findet, ist die Entspannungspolitik bzw. die neue Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung mit Grundlagenvertrag und Ostverträgen²⁸ zu Beginn der 70er Jahre. Sie wird von fast allen Befragten thematisiert und dabei äußerst kritisch wahrgenommen. Im Kern bedeutete der Ende 1972 abgeschlossene Grundlagenvertrag die staatsrechtliche Anerkennung der DDR (die auch mit Reise- und Besuchserleichterung verbunden waren); die zuvor in Moskau und Warschau unterzeichneten Verträge beinhalteten die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Grenze zu Polen.

Ein Beispiel für die kritische Wahrnehmung dieses Wandels in der deutschen Ostpolitik sind die Schilderungen von Joachim Gringmuth, der wegen Westspionage verurteilt worden war und im Lager Sachsenhausen eingesperrt hatte. In Bezug auf seine politische Einstellung gibt Herr Gringmuth an, zunächst Anhänger der Adenauerregierung gewesen zu sein, in den sechziger Jahren sei er dann aber in die nordrhein-westfälische SPD eingetreten, „nachdem er sich integriert“ habe.²⁹ Angesichts der Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr seien ihm aber bald Zweifel gekommen, da er den Eindruck gehabt habe, dass die SPD mit der Anerkennung zweier deutscher Staaten die Wiedervereinigung und die deutschen Ostgebiete „abschreiben“ und vor allem das politische System der DDR akzeptieren würde. Seine Kritik schildert er anhand einer für ihn entscheidenden Sitzung des Ortsvereins, bei der ein Genosse namens Max die Parole „Lieber Rot als tot“ proklamiert habe: „Ich sage: ‚Maxe, dann haben wir nix mehr gemein! – Da hab ich dann den Mist hingeschmissen. Und da bin ich wieder ausgetreten!‘“³⁰ Die Anerkennung eines politischen Systems, das ihn verfolgt und, wie er überzeugt ist, zu Unrecht inhaftiert hatte, kam für ihn einer Schuldzuweisung gleich.

27 Vgl. dazu auch Eberhardt, *Verschwiegene Jahre*, S. 317, der in seiner Untersuchung ebenfalls „durchgängig eingeschränkten Äußerungsmöglichkeiten“ für die Speziallagerhäftlinge in der BRD annimmt.

28 Zur Deutschlandpolitik immer noch ein Standardwerk: Arnulf Baring, *Machtwechsel: die Ära Brandt-Scheel*, Berlin 1998.

29 Interview mit Joachim Gringmuth vom 19.03.1991, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

30 Ebenda.

Dies wird auch an den Erzählungen des ansonsten „treuen“ Sozialdemokraten Willi Köhler deutlich, der 1946 ins Lager Buchenwald verbracht worden war und bei den Waldheimprozessen 1950 verurteilt wurde.³¹ Auch bei ihm wird im Interview aus dem Jahr 1994 erhebliche Kritik an der Ostpolitik Willy Brandts und insbesondere der Anerkennung der DDR als eigenständiger Staat deutlich, die in engem Zusammenhang mit seinen Lager- und Hafterfahrungen steht. Diese Kritik habe er aber gegenüber seinen sozialdemokratischen Parteifreunden verschwiegen. Der Wunsch, dieses Schweigen zu durchbrechen, war für Willi Köhler Mitte der siebziger Jahre ein wichtiger Grund, seine Lebensgeschichte aufzuschreiben, die er allerdings niemals zu publizieren versuchte. Zu stark waren seine Bedenken, sich mit seiner politischen Einstellung innerhalb „seiner SPD“ ins Abseits zu begeben.

Diese Anerkennungs- und Verständigungspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR und der Sowjetunion wurde von vielen der Befragten fast schon als persönliche Kränkung empfunden und rief offenbar einige Empörung hervor. Für sie war dies gleichbedeutend mit einer Bestätigung der Rechtmäßigkeit ihrer eigenen Verhaftung oder Verurteilung und des von ihnen dadurch erfahrenen Leids.

Das Empfinden, mit dem eigenen Schicksal nicht mehr in die neue politische Landschaft zu passen, wird auch aus den in den 70er Jahren verfassten Lebenserinnerungen von Martin Koch deutlich. In seinem Vorwort zu „Ein deutsches Leben“³² stellt der 1946 in der sowjetischen Besatzungszone wegen Sabotage verurteilte Martin Koch zunächst klar, dass er kein „Russenhasser“ und sein Bericht nicht gegen die deutsch-russische Völkerverständigung gerichtet sei. Er hebt zudem seine Übereinstimmung mit der Entschädigungspolitik der Bundesregierung gegenüber den Millionen von KZ-Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hervor. Dieser ausführliche Vorspann macht deutlich, dass in seinem Empfinden offenbar die Notwendigkeit bestand, sich gegen mögliche Vorwürfe, ein Revanchist zu sein, der die Gewalttaten des NS verharmlost oder gar leugnet, abgrenzen zu müssen. Nach dieser Positionierung formuliert er weiter:

„Die heutige Regierung der UdSSR hat die Pflicht, wenigstens die gemeinen Untaten Stalins zuzugeben und eine Wiedergutmachung anzustreben. 100.000 Tote deutscher Nationalität hätten zwar nichts mehr davon. Die Weltgeschichte kann sie aber auf die Dauer nicht einfach auch totschweigen, wie es leider Bundeskanzler Willy Brandt 1970 bei der Kranzniederlegung an dem Mahnmal von Buchenwald in Thüringen in der D.D.R. zum Gedenken der Opfer des Nazismus tat: Sollte er nicht gewußt haben, daß Tausende und Abertausende Gebeine von Opfern unter dem pompösen Monument liegen, das die D.D.R. zur Erinnerung

31 Interview mit Willi Köhler vom 29.03.1994, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager; vgl. auch sein hier archivierte Manuskript: Willi Köhler, *Sieben Jahre in der Kralle des Bolschewismus/Kommunismus*, 3 Bände, unveröffentl. Manuskript o.O.o.J.

32 Koch, Martin, *Ein deutsches Leben* (unveröffentlichtes Manuskript; maschinenschriftl.), o.O.o.J [1978]. Kopie des Originals im Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

an die Opfer des Dritten Reiches erbauen ließ, die nicht von den Nazis, sondern Sowjetopfer waren? ...Dieses Buch soll dazu beitragen, jener Menschen zu gedenken, die unschuldig und ohne jeden Grund nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone ihr Leben lassen mußten und heute aus politischen Gründen „vergessen“ sein müssen!“³³

Die Enttäuschung und Empörung über das Verschweigen und Übergehen der eigenen Opfergruppen, das der Verständigungspolitik mit dem ostdeutschen Staat geschuldet sei, wird bei vielen der ehemaligen Lagerhäftlinge deutlich. Es werden immer wieder Szenen erwähnt, in denen offizielle Vertreter der Bundesrepublik bei Kranzniederlegungen in Buchenwald oder Sachsenhausen nicht der Geschichte des Lagers nach 1945 und der Menschen, die in dieser Zeit dort gestorben seien, gedacht hätten. Die Beispiele der Besuche Willy Brandts, Egon Franke oder Johannes Raus in Buchenwald oder Sachsenhausen stehen in den Erzählungen als Symbole der anhaltenden Missachtung des eigenen Schicksals. Dieses Empfinden blieb bis zur Wende 1989 und darüber hinaus bestehen, wie an dem eingangs geschilderten Zitat von Gerhard Natke deutlich geworden ist.

Das Beispiel von Martin Koch macht deutlich, dass hier zwei politische Entwicklungen sich für die Internierten ungünstig miteinander verbanden: Die Annäherungspolitik an die DDR, die solche offiziellen Besuche in den Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen erst möglich machte; und die Veränderungen in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in deren Folge das Gedenken an die Opfer der NS-Verfolgung und Vernichtung einen zunehmenden Stellenwert gewann.³⁴

So ist die Frage der sogen. „Opferkonkurrenz“, wie sie auch von Alexander von Plato beschrieben wurde, nicht erst ein Ergebnis der Debatte der Nachwendezeit, die bei der Neuorientierung der nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen eine große Rolle gespielt hatte.

Allerdings erscheint mir vor diesem Hintergrund die Formulierung „Opferkonkurrenz“ etwas oberflächlich. Es ist nicht die „Bevorzugung“ der Opfer des Nationalsozialismus, sondern das

„Totschweigen“ des eigenen Schicksals im Zeichen der Annäherung an eines in ihren Augen verbrecherischen Systems, das in den Berichten beklagt wird. Es ist auch Wunsch nach der Behauptung von Erinnerungsorten, die für die Lagerinsassen nach 1945 Symbole **ihres** Schicksals darstellten.

33 *Ebenda.*

34 *Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit vgl. zum Beispiel Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, hier S. 37*

5. Zusammenfassung

Im Unterschied zu den Ergebnissen aus der Analyse der Pressedarstellungen, die von einer ausführlichen Würdigung der Speziallagerhäftlinge in den 50er Jahren ausgeht, entwerfen die Berichte ein anderes Bild vom Aufgehobensein in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Sie waren insofern willkommen, als man in ihnen Zeugen der kommunistischen Willkürherrschaft sah und sie dafür in der veröffentlichten Meinung instrumentalisierte. Ihr reales individuelles Schicksal im Zusammenhang mit der Aufarbeitung oder eher Verdrängung der NS-Vergangenheit rief dagegen eher Misstrauen oder Ablehnung hervor, was im Kontakt mit der Bevölkerung auch spürbar wurde. Als abstrakte politische Symbole erfuhren sie öffentliche Anerkennung, als reale Menschen mit Ansprüchen auf Haftentschädigung oder Wohnraum dagegen eher Neid. Diese unmittelbaren Reaktionen auf Ämtern im nachbarschaftlichen Umfeld oder am Arbeitsplatz wogen womöglich schwerer als die z.T. euphorische Begrüßung als „Heimkehrer“ in den Medien. Inwiefern dabei auch positive Erfahrungen durch die Enttäuschungen der späteren Jahre in den Erinnerungen überlagert wurden, ist kaum zu bestimmen.

Wenn auch mit dem Mauerbau im August 1961 eine deutliche Zäsur in der öffentlichen Wahrnehmung der Speziallager ausgemacht wurde: In den Erinnerungsberichten der befragten Speziallagerhäftlinge haben andere Aspekte einen höheren Stellenwert. Weder der Bedeutungsverlust der Speziallager in der veröffentlichten Meinung nach dem Mauerbau, noch die Hinwendung zu den Opfern des Nationalsozialismus werden darin als Einschnitte thematisiert. Es ist die Verständigungs- und Anerkennungspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR, die bei den Speziallagerhäftlingen die größere Empörung hervorruft. Sie stellte seit den 70er Jahren noch viel stärker ihre Selbstdeutung infrage, unschuldig Opfer eines willkürlichen und verbrecherischen Systems gewesen zu sein.

Ihre anhaltende Enttäuschung und Verbitterung darüber erklärt sich, so der Befund aus zahlreichen Studien über die psychischen Spätfolgen von Hafterfahrungen, aus einem grundlegenden Bedürfnis nach Benennung (und Bestrafung) der Täter, das alle Opfer von Gewalttaten empfinden. Fehlt eine eindeutige Zuweisung der Schuldfrage bzw. wird sie infrage gestellt, fällt sie auf die Opfer zurück, sie beginnen, sich für das, was ihnen angetan wurde, selbst schuldig zu fühlen.³⁵

³⁵ Andreas Maercker/ Matthias Schützwohl, *Posttraumatische Belastungsstörungen bei ehemaligen politischen Inhaftierten der DDR: Symptomatik, verursachende und aufrechterhaltende Faktoren – die Dresden-Studie*, in: Priebe, Stefan/Denis, Doris/Bauer, Michael (Hg.), *Eingesperrt und nie mehr frei. Psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR*, Darmstadt 1996, S. 45-56, hier S. 55.

**PODIUM I – „Zeitzeugenbericht und Rückblick
auf die Gründungsphase der Lagergemeinschaften“**

**Zeitzeugenbericht am 10.10.2015 beim UOKG-Kongress
im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer**

Mein Name ist Eberhard Hoffmann, Jahrgang 1928, ich stamme aus Burgstädt bei Chemnitz/Sa., und bin auch jetzt noch dort zuhause. Am 12. Oktober 1945 wurde ich in der Wohnung meiner Eltern, gegen 23 Uhr, vom damaligen kommunistischen Bürgermeister und seinem Polizeichef verhaftet.

Zunächst fragte man mich mit den Worten: „Wo haben Sie ihre HJ-Akten, Sie Schwein Sie“. Beruhigt konnte ich sagen, dass ich keine Akten besitze und auch nie besessen habe. Die Titulierung als „Schwein“ überhörte ich, weil ich von diesen Leuten gar keinen anderen Sprachgebrauch erwartete. Man durchsuchte den Schreibrack meines noch in Gefangenschaft befindlichen Vaters und nahm ein paar Fotos von mir in Uniform, und aus dem Bücherbestand ein Buch von Friedrich dem Großen und eins von der Luftwaffe mit. In den letzten Kriegsmonaten war ich als Fähnleinführer im Jungvolk tätig und entsprechend der Frage nach HJ-Akten, mußte ich annehmen, dass es um meine Tätigkeit im Jungvolk geht.

Man führte mich ab und in einem Auto transportierte man mich zur Polizeiwache. Dort wurde ich einem sowjetischen Offizier mit Dolmetscher übergeben. Nach der Abfrage meiner Personalien ergab sich folgende erste Vernehmung, an die ich mich fast wörtlich erinnere:

„Wann du in Schulä?“

Meine Antwort: „1934“

„Nix, wann du in Schuläää?“

„Ich bin 1928 geboren und deshalb 1934 in die Schule gekommen“

„Nix, wann du in Werwolfschulää?“

„Ich war doch in keiner Werwolfschule“.

Für einen Moment dachte ich wohl, dass mir da eigentlich gar nichts passieren kann, weil ich tatsächlich nie in einer derartigen Einrichtung war.

„Nix, wann du in Werwolfschulää (H)Gartmannsdorf?“

„Hartmannsdorf war doch keine Werwolfschule“ und vielleicht etwas zu herausfordernd ergänzte ich, zu den im Raum anwesenden Kommunisten gewandt: „Sie wissen doch ganz genau, was Hartmannsdorf für eine Ausbildungsstätte war und können doch bestätigen, dass das nichts mit dem Werwolf zu tun hatte“. Einer der Kommunisten meinte darauf, „Halte deine große Schnauze, sonst kriegst du eine drauf“. Darauf-

hin bekam ich von dem Dolmetscher mit der Faust einen gezielten brutalen Schlag direkt hinter die linke Schläfe, sackte kurz zusammen, und ein Soldat oder Polizist brachte mich in den Keller. Es war ein größerer vergitterter Raum, dort waren schon Verhaftete untergebracht. Darunter befanden sich einige meiner Freunde, die wie ich eine Position in der Hitlerjugend hatten. Deshalb war erkennbar, dass es eine gezielte Aktion gegen ehemalige Hitlerjugend- und Jungvolkführer war, jedoch unter der völlig absurden Anschuldigung dem Werwolf anzugehören.

Einen Tag später wurden wir ins Schloss Rochlitz gebracht, wo man uns mit „dawei, dawei“ und „Faschista“-Beschimpfung empfing. Sechs Jugendliche mußten sich eine Einzelzelle teilen. Nach ein paar Tagen kam nachts der Erste zum Verhör. Nach Stunden wurde er blutüberströmt regelrecht in die Zelle geworfen. Jammernd brachte er nur noch heraus: „Gebt lieber gleich alles zu, die schlagen euch sonst tot“. Man kann sich sicherlich vorstellen, mit welchen Angstgefühlen man dann zur Vernehmung gebracht wurde. Auf weitere Einzelheiten möchte ich nicht eingehen.

Es ging ausschließlich um angebliche Werwolftätigkeiten mit beabsichtigten Brückensprengungen oder anderen Aktionen gegen die Besatzungsmacht. Wir wissen heute, dass es der sowjetischen Besatzungsmacht ausschließlich um ihr Sicherheitsbedürfnis ging und dazu war nach ihrer Ansicht jedes Mittel recht. Ein ehemaliger sowjetischer hoher Offizier, der damals für diesen Bereich tätig war, äußerte vor einiger Zeit, dass sie aber bald erkannten, dass es eine Organisation Werwolf nicht gab. Allerdings sei es so, dass, wenn man annimmt, eine solche Organisation gäbe es, muss man auch welche finden! Dieses Prinzip war die übliche Vorgehensweise der sowjetischen Geheimpolizei. Tatsächlich hat man dann alle sogenannten „Werwölfe“, die sich im Dezember 1945 – unabhängig vom Stand der Vernehmungen – noch in den Gefängnissen befanden, entlassen. Dagegen sind alle die, die sich bereits in den Speziallagern befanden, in Lagerhaft geblieben und erst nach Jahren entlassen worden. Wir wissen heute auch, dass durch den vernehmenden Offizier am Schluss des Protokolls über die Einweisung in ein Speziallager ohne Haftbegrenzung verfügt wurde.

Nach zwei Wochen im Schlossgefängnis Rochlitz erfolgte die Überführung nach Mühlberg/Elbe. Von 1940 bis 1945 diente dieses Lager zur Unterbringung Kriegsgefangener aus allen Ländern der verbündeten Kriegsgegner von Deutschland. Die Instandsetzung des herunter gekommenen und geplünderten Lagers wurde durch die zugeführten Speziallagerhäftlinge durchgeführt. Die hygienischen Verhältnisse waren mehr als unzumutbar, denn es gab keine Wechselwäsche, keine Zahnbürste, kein Klopapier, keine Bettunterlage oder für jeden eine Zudecke, man schlief auf durchgehenden Brettpritschen, zu geringe Heizmöglichkeiten, Mangel an Medikamenten und Hilfsmitteln usw. Es war alles verboten, außer Schachspielen ohne Figuren und Schachbretter. Zunächst mit ganz primitiven Ersatzstücken, aber später mit Hilfe von Glasscherben geschnitzten Figuren beschäftigte man sich gern mit Schach.

Außer der ungenügenden Verpflegung war besonders belastend, dass es durch die totale Isolierung, keinerlei Verbindung zur Außenwelt und außer den wenigen Kommandos zur Aufrechterhaltung des Lagers, es keine Arbeit gab. Außer den täglich zweimaligen Zählappellen, die bei jedem Wetter außerhalb der Baracken durchgeführt wurden, herrschte stumpfsinnige Langeweile vor. Vor allem Familienväter litten fürchterlich darunter. Fast die Hälfte der Inhaftierten erkrankte an Tbc und Dystrophie. Die durch jahrelange Unterernährung Erkrankten hatten kaum Überlebenschancen. Von insgesamt 22.000 Mühlberger Lagerinsassen verstarben nachweisbar 6.766 Personen, darunter 98 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren.

Diese Darstellungen wurden durch zwei gezeigte Bilder ergänzt, die der mühlberger Insasse Walter Reiche naturgetreu gemalt hat. Von 1945 bis 1948 befand ich mich in Mühlberg, wurde mit der Auflösung des Lagers nach Buchenwald überführt und von dort erst im Februar 1950 nach insgesamt 4 1/2 Jahren entlassen. Zu Buchenwald ist zu bemerken, dass dort die hygienischen Verhältnisse und die Unterkünfte mit gefliesten Waschräumen, kleineren Unterkunftsräumen, Doppelstockbetten usw. wesentlich besser als in Mühlberg waren. Dagegen war die Bewegungsfreiheit in Buchenwald erheblich eingeschränkt. Hier stand nur der Zwischenraum der Gebäudelängsseiten zur Verfügung, weil diese an den Giebelseiten ebenfalls mit Stacheldraht abgeschlossen waren. Dadurch entstand für mehrere hundert Gefangene lediglich ein Auslauf in einer Art Gefängnishof.

Abschließend noch eine Bemerkung zur Ablehnung meiner beantragten Rehabilitation durch die russische Generalstaatsanwaltschaft. Ich sei ja nicht verurteilt worden, sondern „nur inhaftiert gewesen, weil ich eine potentielle soziale Gefahr für die in der Nachkriegszeit in Ostdeutschland im Aufbau befindlichen Gesellschaftsordnung gewesen sei“. Das ist defakto „Vorbeugehaft“!

„Filialen des GULAG – Sowjetische Spezial- und „Internierungslager“ in Deutschland – 2015 – 70 Jahre danach“

Mit Kriegsende 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone nicht nur NS-Täter, sondern auch Menschen verhaftet, die dem neuen Regime evtl. im Weg sein könnten, darunter auch 14-jährige Jugendliche, die froh waren, sich endlich ohne Kriegslärm wieder treffen zu können, oder Männer und Frauen, die soziale Kontakte wieder aufnahmen, die „Ärmel“ aufkrepelten für Aufräumarbeiten – das konnte aber schon als verdächtige Versammlung gelten, die Veranlassung gab zu Denunziationen. Auch wurde schon mal ein vielleicht mißliebiger Nachbar angeschwärzt, weil man evtl. noch eine Rechnung offen hatte von früher, ohne jedoch die Konsequenzen einer drohenden Verhaftung zu bedenken, die in dieser Zeit an die 180.000 Männer, Frauen und Jugendliche trafen. Es wurde dienstbeflissen und mit teilweise unhaltbaren Beschuldigungen Gefängnissen „zugeführt“.

Ein Dorfbürgermeister in Sachsen soll 1.000 Mark pro Denunziation bekommen haben, stand in einem Bericht. Doch manch einer oder eine trafen im Lager den Verräter wieder. Die Sowjets brauchten solche Verräter, die sie jedoch nach Gebrauch ebenso „entsorgen“ konnten. Sicher waren unter den Verhafteten auch NS-Täter, jedoch geschahen zahlreiche Verhaftungen zu Beginn sehr willkürlich und wahllos.

Ich habe mir zur Aufgabe gemacht, das Zwangsarbeitslager **Tost** in Oberschlesien – jetzt **poln. Toszek** – aufzuarbeiten, weil mein Vater Hans-Werner Rasmussen, Chef der FRAMO-Werke in Hainichen/Sachsen – 1945 dort umgekommen ist. Er hatte dieses fürchterliche Lager nach seiner Verhaftung im Juni 1945 nur wenige Wochen überlebt. Erst 1950 bekamen wir Gewissheit von seinem Tod und dem Sterbeort durch eine „Eidesstattliche Erklärung“ eines Überlebenden.

Gleich 1990 machte ich mich daher an die Arbeit und begab mich auf die Suche nach Haftkameraden. Den Grundstock meiner Datenbank mit jetzt über 4.550 Personendaten bildeten damals einige Namen von Mitarbeitern des Bruders meines Vaters, die überlebt hatten. Auch veröffentlichte ich in sächsischen Tageszeitungen kleine Artikel, mit denen ich nach Zeitzeugen suchte. Es meldeten sich viele Menschen – meist Frauen – deren Väter auch dort in dem Lager bzw. in Folgelagern verstorben waren – wenige hatten überlebt, waren jedoch sehr traumatisiert und sprachen kaum noch.

Schließlich meldete sich ein ehemaliger Häftling, der mit 15 Jahren vom Lehrbetrieb weg verhaftet wurde. Er hatte sich nach der Haft mit einigen Kameraden – schon in der DDR-Zeit – heimlich getroffen und ist mit diesen in 1991 erstmalig wieder nach **Tost** –

jetzt Polen – gefahren, begleitet von der SÄCHSISCHE ZEITUNG. Vor Ort bekamen sie Kontakt zu Deutschen, die nicht vertrieben wurden und sich nun zusammenschlossen in Deutsche Freundschaftskreise e.V. – in ganz Schlesien. Ein großes Kreuz wurde 1991 eingeweiht, mit viel Aufmerksamkeit auch unter der polnischen Bevölkerung – und mit einer polnischen Militärkapelle.

In 1993 fuhr ich erstmalig mit diesen Ehemaligen nach **Tost**, wozu sich jetzt auch einige Angehörige, „Kinder“ wie ich gesellten. Wir wurden sehr freundlich empfangen, und auf dem Rückweg der eintägigen Bustour von Dresden aus beschloss ich, dieses Lager aufzuarbeiten und eine Datenbank anzulegen.

Tost war ein Außenlager des GELBEN ELENDs in Bautzen, wo in 1945 täglich neue Häftlinge eingeliefert wurden, so dass die entstandene Enge sogar den Sowjets unerträglich erschien und deswegen im Sommer 1945 3.700 Häftlinge von Bautzen nach Oberschlesien in eine ehemalige Psychiatrie verlagert wurden, wo bereits an die 1.000 Schlesier einsaßen. Jetzt herrschte hier drangvolle Enge.

Wegen miserabler, ungenügender Verpflegung bei schwerster Zwangsarbeit, Prügel, Folter, unglaublich unhygienischer Zustände und unzureichender medizinischer Versorgung sowie der Isolation, verstarben innerhalb von sieben Monaten etwa 3.000 Häftlinge, die in Massengräbern verscharrt wurden. Das Beerdigungskommando bestand aus Jugendlichen, die fast jeden Morgen vor die Stadt zogen, die Leichen auf einem großen Karren, die sie in ausgebeuteten Kiesgruben abkippten, etwas Kalk, etwas Sand ...und am nächsten Tag kamen schon die nächsten darüber. Dafür gab es eine extra Ration Verpflegung.

Etwa 60 Jugendliche waren unter den Häftlingen, sowie ca. 30 Frauen. Der Jüngste war 14, die zwei Ältesten 78 Jahre alt. Die Bewacher sollen ehemalige KZ-Insassen gewesen sein, denen versprochen wurde, dass sie nach diesem „Dienst“ endlich wieder nach Hause kämen. Die haben sich wahrscheinlich besonders bemüht, brutal zu agieren. Ein Häftling schilderte z.B. folgende Ansage: „Du nix nach Hause, Du hier tot.“ – Die Belegschaft dezimierte sich schnell auf 1.500. Ende November 1945 wurde das Lager aufgelöst, inzwischen waren etwa zwei Drittel bereits tot. Eine Kommission sowjetischer Ärzte ließ die übriggebliebenen Gefangenen zur Begutachtung antreten. Kranke und Ausgemergelte wurden entlassen, die andere Hälfte – etwa 800 – ging auf einen weiteren Transport nach **Graudenz**/Westpreußen, von dort bald danach weiter nach Neubrandenburg ins Lager **Fünfeichen**, nach Auflösung dieses Lagers 1948 ging es für einige noch wieder weiter nach **Buchenwald**. 1950 wurden noch 23 Personen – aus **Tost** – nach **Waldheim** verlegt, wo die berüchtigten Waldheimer Prozesse stattfanden.

Für die Entlassenen gab es keine Fahrkarten, sie mussten im verwüsteten Land selber sehen, wie sie nach Hause kamen. Wie viele es nicht geschafft haben in ihrem elenden Zustand, ist nicht bekannt. Einige brachen gleich vor dem Lagertor in **Tost** zusammen, dabei hatten die noch „Glück“, denn Ordensschwestern – Borromäerinnen – und Bürger

der Stadt nahmen sie mit nach Hause – was verboten war – und pflegten sie, so gut es eben ging. Es sollen 40 Männer gewesen sein, die allerdings alle verstarben. Die Schlesier hatten bereits Anfang des Jahres 1945 durch die Besatzer – die Rote Armee – sehr gelitten, ihre verhafteten Angehörigen wurden damals sogleich in Richtung Sibirien abtransportiert, u.a. der Großvater der heutigen Vorsitzenden des Freundschaftskreises von Tost. Er kam nicht wieder nach Hause.

Im Laufe meiner Recherchen habe ich viele Schicksale sowohl von ehemaligen Häftlingen – einige waren mehr als fünf Jahre in Haft – als auch von Angehörigen erfahren. Hier sind zwei: Bernd H. war Anfang 1946, als sein Vater aus Tost zurückkam, sechs Jahre alt. Nach acht Monaten kam sein Vater zurück, der wie eine Vogelscheuche aussah, abgemagert bis auf die Knochen, zerlumpt, schmutzig. Bernd hat seinen Vater nicht erkannt. Dieser war mit einigen Lagerkumpel zu Fuß unterwegs, 450 km, mehrere Wochen nach Entlassung bis nach Dresden. Die Männer hatten sich Namen und Adressen verstorbener Haftkameraden eingeprägt, sind noch im Winter mit Pferdewagen über die Dörfer und haben Familien über ihre toten Angehörigen informiert. Bernd war immer dabei und hat den geflüsterten Berichten der Männer gelauscht. Ein anderer Vater erschien in einem solchen erbärmlichen Zustand wieder zu Hause, dass die Ehefrau ihn erst einmal vor den Kindern verbarg. Dieser Mann wurde nach einiger Zeit noch einmal verhaftet, und kam ins Gefängnis „**Hoheneck**“, wobei ihm jetzt vor Gericht sogar „sechs Monate **Tost**“ angerechnet wurden. Von seiner Tochter – Hermine H. – weiß ich, dass er nach der Entlassung kaum noch gesprochen hat.

Bis jetzt habe ich über 4.550 Daten der Häftlinge gesammelt sowie deren Berichte, habe Artikel publiziert und Kontakt zu verschiedenen Tageszeitungen gehalten. Alle zwei Jahre im Mai veranstalte ich eine Tagesfahrt für die Angehörigen nach **Tost**, wo wir gemeinsam mit dem DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREIS von **Tost** eine Gedenkfeier für unsere Toten veranstalten. Am Rand der bislang vermuteten Massengräber haben wir in gemeinsamer Anstrengung eine kleine Gedenkstätte einrichten können – die genaue Grablage konnte leider bislang noch nicht festgestellt werden. Wir sind deswegen in Kontakt mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Anlässlich unserer Feiern besuchen wir stets das damalige Gefängnis, das heute wieder eine Psychiatrie ist – die Stätte, in der damals unsere Väter so sehr leiden mussten.

Über die Lager zu sprechen, war in der DDR bei Strafe verboten. Und in der „BRD“ interessierte sich niemand oder glaubte leider den Erzählungen nicht. So versuchte jeder so gut er bzw. sie konnte, diese Erlebnisse zu verdrängen. Ich weiß von ehemaligen Häftlingen, dass nach „der Wende“ – im Rentenalter – diese unterdrückten Erinnerungen mit Vehemenz zurückkamen und zu Depressionen führten.

Anlässlich unserer Gedenkfeier im Mai 2015 wurde mir vom Stadtrat und vom Bürgermeister der Stadt **Tost** – polnisch **Toszek** – die Ehrenbürgerschaft verliehen. Diese Ehrung hat mich sehr berührt, und ich bin stolz darauf. Auch freue ich mich über das Interesse von Enkelkindern, die jetzt vom früheren Zeitgeist unbefangen sich mit der

Geschichte ihres in **Tost** umgekommenen Großvaters befassen und an unseren Gedenkfeiern teilnehmen.

Für meine Arbeit – seit mehr als 25 Jahren – bekomme ich übrigens keine finanzielle Hilfen, sondern bestreite diese aus Eigenmittel und Spenden von Angehörigen der Häftlinge zur Unterstützung unserer Fahrten sowie für die Pflege unserer Gedenkstätte, die vom Deutschen Freundschaftskreis e.V. **Tost** hervorragend geleistet wird.

Seit 2001 bin ich Mitglied in der UOKG und seit 2012 gewähltes Vorstandsmitglied im Dachverband.

Sybille Krägel

I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945

Krefelder Weg 14

22419 Hamburg

040 53320599

Dezember 2015

Gerhard Taege

Aussagen am 7. Oktober 2015 UOKG-Kongress zu sowjetischen Speziallagern Gedenkstätte Berliner Mauer

Ich bin 1928 im Juli geboren, und wurde 1944 im Alter von sechzehneinhalb Jahren zur schweren Flak nach Bremen eingezogen. Ich war dann bis zum Kriegsende in Bremen und kam dann in englische Kriegsgefangenschaft. Bei uns in den Einheiten hatten sich vier hohe SS-Offiziere versteckt, die hatten Luftwaffenuniformen angezogen, um nicht aufzufallen. Die Briten erkannten sie aber schließlich und holten sie aus dem Internierungslager heraus. Als das zu Ende war, hat man alle Soldaten, deren Heimatorte in der sowjetischen Besatzungszone lagen, von den restlichen Soldaten getrennt und Ende Juli nach Hannover-Bemerode verlegt. In Bemerode befand sich ein riesiges Kriegsgefangenenlager mit mehreren Tausend Insassen. Die Briten haben uns exzellent behandelt, genau nach dem Internationalen Kriegsgefangenenrecht. Wir Jugendlichen, wir haben viel zu Essen gekriegt, wir konnten arbeiten [in den sowjetischen Speziallagern war Nichtstun vorgeschrieben], es ist uns richtig hervorragend gut gegangen. Im September kam aber der Captain und sagte uns:

„Wir können euch leider nicht entlassen, denn wir haben authentische Berichte von deutschen Kriegsgefangenen, die wir entlassen haben“: Als die von Engländern, Franzosen und Amerikanern entlassenen Kriegsgefangenen an die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone gekommen waren, da hat sie der Russe abgefangen und hat ihnen die Papiere weggenommen. Den 6.600 deutschen Offizieren, die später im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen interniert wurden, ist es ja genauso ergangen. Deren Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in den Westzonen haben die Russen null und nichtig erklärt. Der Russe sagte ihnen: „jetzt müsst ihr bei mir noch Mal“.

Die erste Frage der Sowjets war stets: „War die Einheit, der der Offizier angehört hatte, in Russland?“. Wenn die Einheit in Russland gewesen war, dann haben die alle betreffenden Soldaten wenn möglich wegen *Überfallen der friedlichen Sowjetunion* verurteilt. Wir haben ja auch den Krieg angefangen, also so ist es ja nicht. Die Verurteilten wurden alle nach Russland geschafft, nur wenige sind bei uns übrig geblieben, weil sie schwere Kriegsverletzungen erlitten hatten.

(Zwischenfrage des Moderators:) „Was ist mit [den Offizieren] geschehen?“

Die saßen zunächst in Zone 2 des Lagers, zusammen mit den Kriegsgefangenen, die zunächst von den Briten, Amerikanern und Franzosen entlassen worden waren. Die Offiziere sind dann aber im September, 46 nach Russland abtransportiert worden. Meine eigene Einheit ist am 29. September von Alt-Strelitz mit 1.100 Mann und ungefähr so 60 Frauen – bei den Frauen kann ich mich an einige nicht genau erinnern, aber ich weiß

von unserer Gisela Gneist, die sagt ‚wir waren über 60 Frauen‘ – nach Sachsenhausen verlegt worden. Wir, die 1.100 Männer, wir waren in diesen kleinen Baracken, die heute noch stehen, und in jeder Baracke waren wir ungefähr 70 Mann, was eine komplette Überbelegung darstellte. Die Fenster waren von innen mit gelber Farbe bestrichen, so dass wir nicht die Nachbarbaracke sehen konnten. Wir wurden nur frühmorgens und abends zum Exerzieren rausgeführt, sonst war man den ganzen Tag in der Baracke und hat keine frische Luft gekriegt. Wir hatten keine Strohsäcke, da waren nur Schalbretter aus Eichenholz drin und auf diesen haben wir geschlafen, auf jeweils zwei Etagen. Dann wurde die gesamte 2. Zone im November von einer russischen Ärztin untersucht, ob wir Arbeitsgruppe 1A sind. Ich bin von kleiner Körpergröße, das war mein großer Vorteil, und wurde dadurch auch Arbeitsgruppe 1A zugeteilt. Wir mussten also nackt antreten vor dieser Dame, die war russische Offizierin und Ärztin. Dann hat Sie uns in den Po gekniffen, in den Oberarm gekniffen und hat uns unseren Pullermann angesehen ob wir geschlechtskrank waren. Dann haben sie uns nämlich sofort rausgenommen, denn die Sowjets hatten Angst, dass sie die anderen Häftlinge anstecken würden. Und dann sind wir aus dieser Baracke rausgekommen, ich hab in der 15 gelegen. Dann sind wir auf Baracke 2 gekommen und dann wurden wir alle gesammelt. Wir waren so etwa 360 Mann in dieser Baracke. Dann sollten wir in die Baracke 9, das war die sogenannte Pelzmützenbaracke. Wir wurden eingekleidet und sollten nach Russland.

Die Baracke 9 war aber noch belegt. Ende Januar, das muss so der 26. Januar 1947 gewesen sein, ist diese Baracke dann auf Transport nach Russland gegangen. Wir waren die einzigen, die überhaupt einen Strohsack hatten. Kein anderer hatte einen Strohsack in der 2. Zone. In der 1. Zone, da waren die Internierten, und wir die Verurteilten. In der 1. Zone hatte man Strohsäcke noch aus der NS-Zeit. Das waren aber mittlerweile keine Strohsäcke mehr, das waren Lumpen, und der Stroh, der da drin war, war nur noch Müll. Und dann haben wir etwa drei Wochen lang eine gute Verpflegung bekommen. Wir wurden eingekleidet, haben Leinenunterhosen gekriegt, Leinenhemdchen und Laken. Und diese Laken kamen uns natürlich sehr passend, denn wir haben die zugenäht und haben aus ihnen dann einen Schlafsack gemacht. Warum? Damit uns die Millionen Wanzen, Läuse und Flöhe, die uns nachts da besucht haben nicht mehr derart belästigen konnten. Es sah aus, als ob wir Krätze hätten, das waren aber die Stiche von den Wanzen.

(Zwischenfrage aus dem Publikum:) „Weshalb war diese Sonderbehandlung...?“

Weil wir ja nach Russland sollten. Nach drei Wochen wurde die Verpflegung wieder auf die normale Ration reduziert, da hatten wir keine Sonderverpflegung mehr, und da haben wir gleich gesagt: „Irgendetwas stimmt hier nicht“. Dann sind wir schließlich doch nicht nach Russland gekommen, sondern in Sachsenhausen geblieben. Da gab es wohl eine Konferenz der vier Siegermächte bzw. drei – Briten, Amerikaner und Sowjets – und da müssen sie wohl von Vorhaltungen durch die Polen erfahren haben – denn alle Transporte nach Russland mussten natürlich durch Polen, und so konnten die Polen

sehen, wie viele Jugendliche sich in diesen Zügen befanden – und wir nehmen an, das haben sie den Russen dann vorgehalten, und deshalb sind wir nicht mehr nach Russland gekommen.

[...]

(Frage von Herrn Frauendorfer:) „Herr Taege, wie sehen Sie den Umgang mit solchen Biografien heutzutage im öffentlichen Diskurs der Geschichtsschreibung?“

Nun, was soll ich dazu sagen. Der Russe stellt es so hin, wie er es braucht. Ansonsten kommt es auf die Rehabilitierungs-Ämter an. In Berlin waren sie sehr großzügig, ich kam mit meinem Entlassungsschein von Sachsenhausen an, und ein Mann, den wir den „Handschuhmacher“ nannten, hat uns alle als politische Flüchtlinge aus der SBZ anerkannt. Das war etwa 1950, und da war das gar kein Problem: in Berlin waren sie sehr viel einsichtiger als in Westdeutschland. Westdeutschland war weit ab, denn z.B. Gisela Gneist, welche ebenfalls in Sachsenhausen interniert gewesen war, ist mit ihrem Antrag nach Hamburg gegangen, und da haben sie zu ihr gleich gesagt: „Wissen Sie, das behalten sie mal für sich, das interessiert keinen Menschen hier in Hamburg, wo sie da waren und was sonst noch. Sie können allenfalls mit solchen Anfragen Ärger kriegen“. In Westdeutschland wollte man einfach nicht wahrhaben, was da im Osten geschehen war.

Speziallager als Mittel sowjetischer Repression

Vor 70 Jahren entstand im Osten Deutschlands das System sowjetischer Speziallager. Es diente sowohl der Entnazifizierung als auch der Durchsetzung der neuen Diktatur.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Aufsatz ist eine für die Zeitschrift HORCH UND GUCK überarbeitete Fassung des Referates, die erstmals in Heft 81 (1/2015) erschienen ist und die uns von der Redaktion dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurde.

Speziallager sind eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Sie kamen Anfang 1945 mit der Roten Armee nach Deutschland, der das sowjetische Lagersystem auf dem Fuß folgte. Insgesamt zehn Speziallager und drei Gefängnisse wurden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) anfänglich zur Verfolgung und Bestrafung früherer Nationalsozialisten, zunehmend aber gegen angebliche Staatsfeinde genutzt. Etwa 178.000 Menschen waren in den Lagern inhaftiert. Etwa jeder Dritte überlebte die Lagerhaft nicht.

Die Errichtung von Speziallagern in Deutschland kann nicht losgelöst von der militärischen Niederwerfung der nationalsozialistischen Diktatur gesehen werden. Hätten die Lager nur ihre eigentliche Aufgabe, die Entnazifizierung, erfüllt, würden sie heute vermutlich lediglich als harte, aber vielleicht noch nachvollziehbare Besatzungsmaßnahme diskutiert werden. Aber die Speziallager bekamen eine andere Funktion: Sie wurden zum Gefängnis für politische Gefangene, die sogar noch über die offizielle Auflösung der Speziallager hinaus festgehalten wurden. Die Ära der Speziallager endete damit endgültig erst 1956.

Ihre Vorgeschichte beginnt indes schon deutlich früher: Bereits im September 1939, mit dem sowjetischen Einmarsch nach Polen, war aus der Hauptverwaltung der Lager, dem GULag, das eigenständige System der GUPVI ausgegliedert worden. GUPVI war zuständig für alle Kriegsgefangenen der Roten Armee und die Internierung aller ausländischen Zivilpersonen, die nicht als Strafgefangene in den GULag überstellt werden sollten. Damit gab es überall dort, wo die Rote Armee stand, ein voll funktionsfähiges sowjetisches Lagersystem. Mit dem Vorrücken der Roten Armee auf deutschen Boden setzte das NKWD im Januar 1945 so genannte Frontbevollmächtigte ein. Eine „Front“ bezeichnete dabei eine Heeresgruppe der Roten Armee. Die Frontbevollmächtigten des NKWD verfügten über eigenes Personal, so genannte Operativgruppen, und über eigene Lager und Gefängnisse. Ihre hauptsächliche Aufgabe war zu Jahresbeginn 1945 die zwangsweise Verschleppung der arbeitsfähigen deutschen Zivilbevölkerung aus den besetzten Gebieten zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion. Schätzungen zufolge waren 270.000 Männer und Frauen von den Zwangsmaßnahmen betroffen.³⁶ Diese

³⁶ Pavel Poljan: *Internierung und Deportation deutscher Zivilisten aus den besetzten deutschen Gebieten in die UdSSR*, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt: *Diktaturdurchsetzung in Sachsen, Dresden 2003*, S. 30 ff.; Stefan Karner: *Im Archipel GUPVI*, München/Wien 1995.

als „Mobilisierung“ verbrämte Internierungsaktion stoppte das NKWD mit dem Befehl Nr.00315 vom 18. April 1945 und legte damit zugleich die Basis für die Entstehung der Speziallager in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ).

Speziallager entstanden aus einem seit Jahren eingespielten und dynamischen Apparat heraus, der bis zum Kriegsende alle sich immer wieder verändernden Aufgaben bewältigte. Warum aber entstand im April 1945 überhaupt ein neues Lagersystem? Denn in der historischen Rückschau bewirkte der Speziallagerbefehl vom 18. April 1945 genau das. Er verfügte die Internierung „an Ort und Stelle“, es gab also keine Deportationen in die Sowjetunion mehr. Das erschien sinnvoll, denn nach einer Überprüfung der Internierten durch den Apparat der Frontbevollmächtigten des NKWD („Filtration“) konnten Gefangene wieder freigelassen werden. Ein Abtransport in die Sowjetunion hätte das nur verkompliziert. Allerdings war die Option der Entlassung stark eingeschränkt auf nicht arbeitsfähige Invalide, Alte oder Kranke. Ganz allgemein ordnete der Speziallagerbefehl an, alle „feindlichen Elemente“ zu internieren. Daraus könnte man schlussfolgern, dass alle „nicht feindlichen Elemente“ wieder frei zu lassen gewesen wären. Aber zahlreiche Unterpunkte des Speziallagerbefehls machten deutlich: Wenn ein Internierter nicht wegen des einen Vorwurfs im Speziallager festgehalten werden konnte, dann eben wegen eines anderen Vorwurfs in den anderen sowjetischen Lagern. Neben den Speziallagern gab es immer noch die weitverzweigte sowjetische Welt von GULag und GUPVI, in der ein einmal verhafteter Mensch verschwinden konnte. Aber zuerst – das ist das Entscheidende für den Moment des Kriegsendes – sollten „feindliche“ deutsche Zivilpersonen in Speziallagern interniert werden, die einer „vollkommenen Isolierung“ unterlagen, so die später erlassene Lagerordnung. Speziallager waren nicht nur von der Außenwelt in der SBZ, sondern auch von der Lagerwelt von GULag und GUPVI abgetrennt.³⁷

In der SBZ entstanden in drei Schüben insgesamt zehn Speziallager und drei Gefängnisse.³⁸ Die ersten Speziallager gab es im April/Mai 1945 im Kampfbereich der 2. Belorussischen Front (Fünfeichen bei Neubrandenburg), der 1. Belorussischen Front (Weesow, Ketschendorf im Berliner Umland und Hohenschönhausen in Berlin) und der 1. Ukrainischen Front (Bautzen). Zum Teil waren das improvisiert angelegte Standorte, die für einen Lagerbetrieb gänzlich ungeeignet waren, aber dennoch relativ lange genutzt wurden, wie in Ketschendorf bis Februar 1947. In Fünfeichen dagegen konnten ein vorgefundenes Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht und in Bautzen ein noch vor

37 Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.): *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Bd. 2: *Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik*, München 1998; Bodo Ritscher: *Zur Herausbildung und Organisation des Systems von Speziallagern des NKVD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone 1945*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 723 ff.; Jörg Morré: *Gulag auf deutschem Boden? Sowjetische Speziallager in Deutschland*, in: Julia Landau/Irina Scherbakowa: *GULAG. Texte und Dokumente 1929-1956*, Göttingen 2014, S. 156 ff.

38 Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.): *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Bd. 1: *Studien und Berichte*, München 1998, Peter Reif-Spierek/Bodo Ritscher (Hrsg.): *Speziallager in der SBZ*, Berlin 1999.

Kriegsende evakuiertes Gefängnis belegt werden. In der zweiten Welle vom August/September 1945 entstanden die Speziallager Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg, Jamlitz und Torgau. Die in Frankfurt/Oder und Weesow bereits angelegten Lager zogen um nach Jamlitz bzw. Sachsenhausen. Speziallager waren nun über die gesamte sowjetische Besatzungszone verteilt. Sie bezogen auch jene Gebiete ein, die bei Kriegsende von amerikanischen Truppen besetzt worden waren. Das NKWD nutzte dazu vorhandenen Haftraum wie eben auch die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen. Kurzzeitig bestand sogar noch eine Verbindung zwischen den Speziallagern in der SBZ zu Lagerstandorten östlich der Oder-Neiße-Linie, die noch aus der Zeit der „Mobilisierungen“ existierten. So hatte die Lagerverwaltung Buchenwald ihren vorherigen Standort in Landsberg/Warthe gehabt. Und aus dem sächsischen Bautzen wurden noch im Juli 1945 Internierte in das oberschlesische Tost verlegt, das dann aber Ende 1945 schloss, so dass das NKWD die verbliebenen Gefangenen über Graudenz in das mecklenburgische Fünfzeichen überführte.³⁹ Daran ist zu erkennen, dass Speziallager-Häftlinge eine eigenständige Kategorie von NKWD-Gefangenen darstellten, die in der SBZ inhaftiert bleiben sollten.

Der dritte Moment in der Gründungsgeschichte der Speziallager ist der Mai 1946, in dem in Torgau das zehnte Speziallager entstand. Das war bereits eine Transformation des Speziallagersystems, um sich der wandelnden Funktion der Lager in der SBZ anzupassen. Bereits im Herbst 1946 wurde in Berlin-Hohenschönhausen das erste Lager wieder aufgelöst. Vom Spätsommer 1948 bis zur endgültigen Auflösung der Speziallager gab es nur noch die drei in Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen. Historisch betrachtet existierten die Speziallager also nur eine kurze Weile, denn – sie hatten eine begrenzte Aufgabe bei der Kontrolle der besetzten Gebiete und damit ihren Zweck bald erfüllt.

Der im Juni 1945 bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) gebildeten Abteilung Speziallager unterstanden darüber hinaus drei Gefängnisse in Frankfurt/Oder, Alt-Strelitz (einem Ortsteil von Neustrelitz) und Berlin-Lichtenberg. Im Frontbereich der Roten Armee hatte es immer schon Gefängnisse gegeben, in denen aus unterschiedlichsten Gründen Verhaftete auf ihre Gerichtsverhandlung vor einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) warteten, in denen zum Teil Todesurteile der SMT vollstreckt oder aber größere Gruppen von Verurteilten für ihre Deportation in die Sowjetunion zusammengestellt wurden.

Neben den drei quasi zentralen NKWD-Gefängnissen in der SBZ baute die sowjetische Staatssicherheit ferner ein flächendeckendes Netz von kleinen Haftstätten auf, den von den Verhafteten so genannten „GPU-Kellern“. GPU war dabei die alte Abkürzung der

39 Holm Kirsten: *Das sowjetische Speziallager Nr. 4 Landsberg/Warthe*, Göttingen 2005;

Gerhard Finn: *Die Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1950*, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“, Bd. IV, Baden-Baden 1995 S. 362 ff.*

sowjetischen Geheimpolizei. In den größeren Städten gab es außerdem Operativgefängnisse des NKWD, an denen sich später sowjetische Militärtribunale niederließen, wie beispielsweise in Schwerin, Brandenburg, Magdeburg, Potsdam, Halle, Dresden, Bautzen, Weimar oder Leipzig. Zwischen dem sowjetischen Verhaftungsapparat in der SBZ und den Speziallagern gab es ab 1946 eine organisatorische Trennung, was mittelbar auch Folgen für die Speziallager hatte, aber am Funktionieren der gesamten Struktur nichts änderte.⁴⁰

Den Speziallagern haftete bei ihrer Gründung etwas Improvisiertes an. Denn als Ad-hoc Maßnahmen am Ende des Weltkrieges mussten sie schnellstmöglich den neuen Bedürfnissen der sowjetischen Deutschlandpolitik nachkommen. Das war zum einen die „Sicherung des Hinterlandes“, die im rein militärischen Sinne auch als Befriedung des besetzten Gebietes bezeichnet werden kann. Der militärisch vollkommen unsinnige, aber hartnäckige deutsche Widerstand bis zur endgültigen Kapitulation, führte zu übersteigerten Bedrohungsszenarien. Diese bediente der sowjetische Geheimdienst immer wieder, indem er von zahlreichen verhafteten Mitgliedern des „Werwolves“ als bewaffneter nationalsozialistischer Untergrundorganisation berichtete. Eine militärische Gefahr ging vom „Werwolf“ allerdings nicht aus. Aber die Verfolgung von im Untergrund agierenden Feinden war aus der Tradition der sowjetischen Geheimpolizei heraus eine dem sowjetischen Repressionssystem als Selbstlegitimation innewohnende Notwendigkeit.⁴¹ Zum anderen – und darin ist der hauptsächliche Zweck zu sehen – sollte mit dem Speziallagerbefehl die von allen Siegermächten beschlossene Entnazifizierung umgesetzt werden. Der Befehl führte eine Reihe von Funktionsträgern im Parteiapparat der NSDAP, von Angehörigen des nationalsozialistischen Repressionsapparates wie auch von Amtsträgern in der staatlichen Verwaltung, bei der Polizei und im Justizwesen auf, die allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Apparat zu internieren seien. Das entsprach dem, was in den amerikanischen Entnazifizierungsvorschriften als „automatischer Arrest“ bezeichnet wurde.⁴²

Der Speziallagerbefehl ordnete die Überprüfung der Internierten an („Filtration“). Er regelte allerdings nicht die Entlassung, die nach einer Überprüfung und eventuellen Feststellung von nicht ausreichenden Internierungsgründen hätte erfolgen können. So dauerte es nicht lange, und die Speziallager waren vollkommen überbelegt, was

40 Nikita Petrow: *Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland 1945-1953*, in: *Sowjetische Speziallager Bd. 1*, S. 143 ff.; Nikita Petrow/Jan Foitzik (Hrsg.): *Apparat NKVD – MGB v Germanii 1945-1953*, Moskva 2009.

41 Jörg Morré: *The Creation of a Hostile Picture. Arrests made by the NKVD as an Example Set to Carry out Political Policed Operations in the Soviet Occupied Zone – GDR*, in: Alexandra Grunova (Hrsg.): *NKVD/KGB Activities and its cooperation with other Secret Services in Central and Eastern Europe 1945-1989*, Bratislava, S. 302 ff.

42 Lutz Niethammer, *Alliierte Internierungslager in Deutschland 1945. Vergleich und offene Fragen*, in: *Sowjetische Speziallager Bd. 1*, S. 97 ff.; Ralf Possekel: *Sowjetische Lagerpolitik in Deutschland*, in: *Sowjetische Speziallager in Deutschland, Bd. 2*, S. 24 ff.; Natalja Jeske: *Lager in Neunbrandenburg-Fünfeichen 1939-1948*, Schwerin 2013, S. 171 ff.

ebenso schnell zu kritischen Hygieneverhältnissen führte. Anfangs ließen einige Lagerkommandanten es noch zu, dass Angehörige frische Wäsche, Seife, Medikamente und Lebensmittel für ihre inhaftierten Familienmitglieder abgeben konnten. Aber im Spätsommer 1945 wurden solche Zuwendungen unterbunden. Nun nahm eine humanitäre Tragödie ihren Lauf: Rund ein Drittel der insgesamt 178.000 Speziallagerhäftlinge überlebte die Haft nicht. Sie starben an chronischer Unterernährung, an immer wieder kehrenden Epidemien in den überfüllten Lagern etwa von Ruhr, Tuberkulose und Diphtherie, an fehlender medizinischer Behandlung und im Winter auch an der Kälte.⁴³ Die Ausstattung und Versorgung der Speziallager war von Anfang an ungenügend und blieb es bis zum Schluss. Diese Zustände aber wurden von der sowjetischen Gewahrsamsmacht untätig hingenommen.

Im Januar 1946 stoppte der verantwortliche Geheimdienstgeneral Iwan A. Serow, zuständig für die sowjetische Sicherheitspolitik in der SBZ, per Anweisung an die Operativgruppen den „automatischen Arrest“. Er verfügte, die unteren Funktionsträger der NSDAP nicht mehr in Speziallager einzuweisen. Ab sofort sollten bei jeder Verhaftung Ermittlungsverfahren angelegt werden, was in der Regel in eine Verurteilung durch ein Militärtribunal (SMT) mündete. Tatsächlich nahm im Laufe des Jahres 1946 der Zustrom von SMT-Verurteilten in die Speziallager stetig zu. Und da die seit Kriegsende Internierten nicht entlassen wurden, unterschied die Abteilung Speziallager nun in zwei „Kontingente“: Internierte und Verurteilte. Für die Verurteilten gab es im Lager Sachsenhausen ab Spätsommer 1946 eine „Zone 2“. Zur selben Zeit wurden in Bautzen die Internierten in ein Barackenlager verlegt, um im Zellenbau Platz für die Verurteilten zu schaffen. Zudem trennte die Abteilung Speziallager bereits im Mai 1946 alle ausländischen von den deutschen Gefangenen, indem sie in Torgau ein komplett neues Lager schuf – das zehnte Speziallager. Die dort inhaftierten „ausländischen“ Gefangenen waren in der Regel russische Emigranten, ehemalige Angehörige der Wlassow-Armee oder wegen krimineller Delikte verurteilte Soldaten der Roten Armee. Um die jeweiligen Häftlingsgruppen zu sortieren, kam es in der zweiten Jahreshälfte 1946 zu zahlreichen Umverlegungen zwischen den Speziallagern. Ab Anfang 1947 schließlich war die Aufnahme ins Lager ohne Gerichtsbeschluss nicht mehr zulässig. Die Speziallager in der SBZ waren zu Haftstätten der Besatzungsmacht für SMT-Verurteilte geworden.⁴⁴

Von der durch alle Siegermächte beschlossenen Entnazifizierung wurden die Speziallager abgekoppelt. Ende 1946 scheiterte die Abteilung Speziallager mit ihrem Vorschlag, 35.000 Internierte zu entlassen, die gemäß der alliierten Entnazifizierungsdirektiven

43 Cornelia Liebold/Jörg Morré/Gerhard Sälter (Hrsg.): *Kassiber aus Bautzen, Heimliche Briefe von Gefangenen aus dem sowjetischen Speziallager 1945-1950*, Dresden 2004, S. 17 f.; Natalja Jeske: *Versorgung, Krankheit Tod in den Speziallagern*, in: *Sowjetische Speziallager Bd. 1*, S. 207 ff.

44 Natalja Jeske/Jörg Morré: *Die Inhaftierung von Tribunalverurteilten in der SBZ*, in: *Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955*, Dresden 2003, S. 609

als nicht oder minder-belastet einzustufen waren. Schon zuvor war die Entlassung von Kriegsgefangenen, die sich erwiesenermaßen keine Kriegsverbrechen hatten zu Schulden kommen lassen, abgelehnt worden. Zur Begründung hieß es, eine Freilassung stelle eine „Gefährdung“ für die gesellschaftliche Situation in der SBZ dar. Gemeint war damit, dass entlassene Speziallagerhäftlinge Informationen über die Zustände in den Lagern verbreiten würden. Solche Schilderungen aber könnten zu einer Destabilisierung der innenpolitischen Situation in der SBZ führen. Die Kategorie „gefährlich“ war von da an das alles entscheidende Argument für oder wider eine Entlassung.⁴⁵ Im Hinblick auf die Internierten ließ dieses Kriterium die Frage nach der Verstrickung in nationalsozialistische Verbrechen vollkommen in den Hintergrund treten. Und für die Verurteilten bedeutete die Kategorie, dass sie als „rechtmäßig verurteilte Verbrecher“ per se als „gefährlich“ galten. Diese Sichtweise berücksichtigte zudem, dass rund Dreiviertel aller SMT-Verurteilten nach dem sowjetischen Politstrafrecht – insbesondere dem berüchtigten Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR – abgeurteilt wurden: Sie waren aus politischen Gründen inhaftiert worden, somit war auch ihre Entlassung eine politische Entscheidung.

Begreift man die Speziallager von dem Problem der Entlassung her, so wird ihre Funktion für den sowjetischen Repressionsapparat in der SBZ/DDR deutlich. Mit Kriegsende konnte durch den automatischen Arrest sehr schnell ein Wechsel der Funktionsebenen im öffentlichen Leben herbeigeführt werden. Dabei ist es strittig, was als NS-Belastung zu werten war. Mitunter reichte allein die Mitgliedschaft in der NSDAP für eine Internierung im Speziallager aus. Und hätte es Überprüfungen mit anschließender Entlassung gegeben, würde heute darüber vermutlich kaum noch diskutiert werden. So aber verschwanden viele der sowjetischen Besatzungsmacht unliebsame Menschen aus dem öffentlichen Leben, das in der SBZ nach sowjetischen Maßstäben vollkommen umgebaut wurde. Mit den Internierungen konnte man von Anbeginn an immer auch „antisowjetische Autoren“, also Oppositionelle, aus dem Verkehr ziehen. Das war nur einer der zahlreichen Unterpunkte im Speziallagerbefehl. Die Kernaufgabe für das NKWD war es, sich auf die Festsetzung der NS-Verbrecher zu konzentrieren.

Aber an einer individuellen, sukzessive bei allen Internierten durchgeführten Überprüfung und gegebenenfalls baldigen Entlassung bestand kein Interesse. Stattdessen erfolgten massenhafte Entlassungen zu einem Zeitpunkt, der politisch festgesetzt worden war. So kam erst drei Jahre nach Errichtung der Lager im Sommer 1948 ungefähr die Hälfte aller Insassen frei. Es waren ausschließlich Internierte, die als „ungefährlich“ galten. In einer zweiten Welle Anfang 1950, die zugleich die Auflösung der Speziallager bedeutete, kamen abermals nicht alle Häftlinge frei. Rund 3.500 Internierte, die bisher ohne Verfahren im Lager saßen, wurden stattdessen an die deutsche Justiz übergeben, verbunden mit dem sowjetischen Auftrag, sie in Sonderverfahren wegen NS- und

⁴⁵ Morré: *Gulag auf deutschem Boden?*, S. 162 ff.

Kriegsverbrechen zu verurteilen. Das geschah im Frühjahr 1950 in den so genannten Waldheimer Prozessen, die als besonders dunkles Kapitel und Beginn der politischen Justiz in der kurz zuvor gegründeten DDR gelten.⁴⁶

Mit Abschluss der Entnazifizierung in der SBZ im Frühjahr 1948 hätten die Speziallager eigentlich ihre Aufgabe erfüllt haben sollen. Aber durch die im Laufe des Jahres 1946 hinzugekommene Inhaftierung von SMT-Verurteilten wurden sie weiter genutzt. Nach dem Sommer 1948 waren die Insassen der Speziallager je zur Hälfte Internierte oder SMT-Verurteilte. Die Lager erfüllten nun ganz allgemein für die sowjetische Besatzungsmacht die Aufgabe, alle diejenigen weiterhin in Haft zu halten, die aus politischen Gründen als „gefährlich“ galten. Für die Internierten blieb diese Kategorie diffus, denn ihre tatsächliche NS-Belastung ließ sich kaum noch rekonstruieren. Aber sehr deutlich lässt sich das an den Urteilsbegründungen für die meisten SMT-Verurteilten ablesen. Rund Dreiviertel von ihnen waren wegen „antisowjetischer Hetze“, „Untergrundtätigkeit“ oder „Spionage“ zu Haftstrafen zwischen zehn und 25 Jahren verurteilt worden. Bestraft wurde damit in der Regel oppositionelles Verhalten in der SBZ.⁴⁷ Von den „Langstrafern“ mit 25 Jahren musste kaum einer die gesamte Strafe verbüßen, denn auch hier galt das politische Opportunitätsprinzip. Bei der Auflösung der Lager im Januar 1950 kam knapp die Hälfte der SMT-Verurteilten, überwiegend die „Kurzstraffer“, frei. Die anderen mussten bis Anfang 1954 warten, ehe es zur ersten großen Amnestiewelle kam. Die Speziallager waren zu diesem Zeitpunkt schon lange aufgelöst, und doch war es immer noch eine sowjetische Entscheidung, wer zu entlassen war und wer nicht. Nach Auflösung der Speziallager waren 10.500 nicht zu entlassene SMT-Verurteilte, obwohl sie nun in deutschen Gefängnissen saßen, in sowjetischer Verfügungsgewalt geblieben. Diese gab die Sowjetunion erst im Oktober 1955 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt sprachen sowjetische Militärtribunale weiterhin Urteile über deutsche Zivilpersonen in der DDR. Auch nach Auflösung der Speziallager gab es Opfer der sowjetischen Militärjustiz, die erwiesenermaßen politisch motivierte Urteile sprach.⁴⁸

Die Auflösung der Speziallager Anfang 1950 war für das Funktionieren des sowjetischen Repressionsapparates keine Zäsur. Zwar sollten die Lager angesichts der kurz zuvor als eigenständiger Staat gegründeten DDR nicht weiter existieren, aber die darin Inhaftierten wollte man nicht alle entlassen. Anfang 1950 kamen nur die „ungefährlichen“ frei. Für die übrigen zogen sich die unterschiedlichen Begnadigungs-

46 Wolfgang Eisert: *Die Waldheimer Prozesse*, München 1993; Norbert Haase/Bert Pampel (Hrsg.): *Die Waldheimer „Prozesse“ – 50 Jahre danach*, Baden-Baden 2001.

47 Jörg Morré: *Das Speziallager Bautzen als Instrument sowjetischer Herrschaftssicherung*, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hrsg.): *Diktaturdurchsetzung in Sachsen*, Dresden 2003, S. 88 ff.

48 Andreas Hilger/Andreas Schmeitzner: *Deutschlandpolitik und Strafrecht. Zur Tätigkeit sowjetischer Militärtribunale in Deutschland 1945-1955*, in: *Sowjetische Militärtribunale Bd. 2*, S. 7 ff.; Jörg Morré: *Die Haftanstalt Bautzen 1950 bis 1956*, in: Cornelia Liebold/Bert Pampel (Hrsg.): *Hunger-Kälte-Isolation. Erlebnisberichte und Forschungsergebnisse zum sowjetischen Speziallager Bautzen 1945-1950*, 5. ergänzte Aufl., Dresden 2009, S. 111 ff.

wellen bis Ende 1956 hin. Und selbst als die DDR ab Herbst 1955 eigenständig über die ehemaligen Speziallagergefangenen entscheiden konnte, vollzog sie keinen sofortigen Schnitt. Das SED-Regime versuchte die in der Sowjetunion schon längst begonnene Entstalinisierung hinaus zu zögern – und hielt seine „Feinde“ so lange wie möglich inhaftiert.⁴⁹

49 Andreas Hilger/Jörg Morré: *SMT-Verurteilte als Problem der Entstalinisierung. Die Entlassung Tribunalverurteilter aus sowjetischer und deutscher Haft*, in: *Sowjetische Militärtribunale*, Bd. 2, S. 685 ff.

Dr. Ricarda Lukas

Psychische und physische Folgen der Internierung in sowjetischen Speziallagern

Vortrag zum UOKG-Kongress zum 70. Jahrestag der Errichtung der sowjetischen Speziallager in Deutschland am 10.10.2015 in Berlin

**Wenn uns die Freiheit jetzt gegeben,
– stets innen, nun auch außen frei –
dann zog ein Pflug durch unser Leben
die Spur, die nie vergessen sei!**¹

Dr. W. Koch

Nach dem Scheitern des sozialistischen Systems 1989/ 90 in Europa wurde es notwendig, sich mit der durch diesen Systems ausgeübten politischen Gewalt auseinander zu setzen. Zum Einem, um die Offenlegung und Aufarbeitung eines dunklen Kapitels europäischer Geschichte anzugehen, zum Anderen vor Allem aber auch, um die **Anerkennung, Rehabilitation, Entschädigung und Behandlung der Opfer politischer Gewalt** angemessen gewährleisten zu können. Mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen politischer Gewalt in der ehemaligen SBZ und DDR im medizinischen psychologischen Bereich befassten sich in den 90er Jahren Arbeitsgruppen um **Peters, Köln, Markgraf und Maercker, Dresden, Priebe, Berlin, Pross, Berlin und Fikentscher, Halle**, zu deren Forschungstätigkeit auch die zwischen 1992 und 1995 durchgeführte Studie zur **Psychotraumatisierung durch stalinistische Haft** gehörte, die auf Interviews mit in der SBZ und der DDR politisch Inhaftierten basierte. Eine Grundannahme war dabei, dass Gewalt gegen politisch missliebige Personen immanenter Bestandteil des sozialistisch-kommunistischen Systems war, in welchem eine politische Situation bestand, die durch **Rechtlosigkeit, Überwachung und Bedrohung** in allen Lebensbereichen gekennzeichnet war. Eines der extremsten Mittel der Ausübung staatlicher Gewalt war die politische Inhaftierung. Die Inanspruchnahme diese Mittels politischer Gewalt begann unmittelbar nach der Machtübernahme des sowjetischen Staates in dem ihm zugewiesenen Teil des geteilten deutschen Staates, der SBZ, bereits **1945 mit der Errichtung von Speziallagern**, teilweise in den gerade erst geräumten KZs der Nationalsozialisten wie Buchenwald oder Sachsenhausen. Speziallager wurden aufgrund des NKWD-Befehls 00315 vom 18. April 1945 mit dem Ziel der „**Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen**“ errichtet. In ihnen sollten als gefährlich eingestufte Personengruppen (Funktionsträger der

¹ Zur medizinischen, psychologischen und politischen Beurteilung von Haftfolgeschäden, Magdeburg 1995, S. 43.

NSDAP, Werwölfe und ehemalige Wehrmachtsangehörige, Sozialdemokraten, Liberale, Adlige, Unternehmer, Großbauern, Journalisten, Schriftsteller) festgehalten werden. Ebenso wurden aber auch zahlreiche Personen auf Grund von Denunziation oder ohne jeden nachvollziehbaren Grund verhaftet. Weder die Verhaftung, noch die Verfahren vor dem Sowjetischen Militärtribunal hielten rechtsstaatlichen Kriterien stand, sondern verliefen nach **sowjetisch-stalinistischem Rechtsverständnis**: es kam nicht auf Feststellung individueller Schuld an, sondern darauf, ob man als Gegner des sowjetischen Systems angesehen wurde. Zwischen **1945 bis 1950** gab es **zehn sowjetische Speziallager** (Mühlberg, Buchenwald Berlin-Hohenschönhausen, Bautzen, Ketschendorf / Fürstenwalde, Jamlitz, Weesow, Sachsenhausen, Torgau/ Fort Zinna, Torgau – Seydlitz, Fünfeichen) in denen ca. **120.000 – 160.000 Menschen** inhaftiert wurden, von denen **40.000 bis 50.000** verstarben, **40.000 bis 50.000** wieder in Freiheit kamen, ca. **20.000** deportiert und ca. **20.000** weiter inhaftiert wurden.

Von den im Rahmen der vorgestellten Studie Befragten waren 2/3 in den Speziallagern **Sachsenhausen, Buchenwald, Berlin-Hohenschönhausen und Torgau** inhaftiert, 1/3 in politischen Gefängnissen der DDR. Die folgenden Aussagen beziehen sich, dem Thema entsprechend, auf die Gruppe der in sowjetischen Speziallagern Inhaftierten. Die durchschnittliche Haftdauer betrug **5 Jahre und 2 Monate** (1,5 bis 10 Jahre). Keiner der Befragten verließ die SBZ oder die DDR nach der Haftzeit, alle gaben dafür ausschließlich familiäre Gründe an. Der Tatbestand der fehlenden Rechtsstaatlichkeit trifft auf alle Befragten zu. Sie waren zum Zeitpunkt der Verhaftung mit einer Ausnahme zwischen **15 und 20 Jahre** alt, bei keinem war, gleich nach welchem Gesetz, eine Straftat zu finden, es handelte sich um Jugendliche, die mit gefundenen Armeepistolen im Wald schossen, zum Ende des 2. Weltkrieges eingezogen wurden oder einfach denunziert worden waren. Dies entspricht auch dem, was selbst ein Marschall der SU, Marschall Sokolowski, feststellte:

„In der Zeit ihres Aufenthaltes in den Lagern konnten unsere Organe keine zusätzlichen belastenden Angaben in Bezug auf ein Drittel der Verhafteten erzielen. ...Wir nehmen an, dass es keine Notwendigkeit gibt, diese Kategorie der Inhaftierten im Lager zu behalten und sie ohne Zweck zu ernähren. Dabei scheint uns ihre Freilassung nicht gefährlich.“²

Trotzdem wurden die Befragten unter Anklagepunkten wie **Teilnahme an einer illegalen Organisation, Illegaler Waffenbesitz, Vorbereitung zum staatsgefährdenden Akt, Bildung einer kriminellen Vereinigung, Antisowjetische Propaganda, Verächtlichmachung der Roten Armee** inhaftiert und in Schnellverfahren zu langen Haftstrafen unter unmenschlichen Bedingungen oder sogar der Todesstrafe verurteilt.

Interview Nr. 1: *„Am Anfang der Haft glaubte er fest daran – da er sich in keiner Weise eines Vergehens oder einer Schuld bewusst gewesen war – dass es sich nur um eine kurze Inhaftierung und um eine Überprüfung seiner Personalien mit baldiger Freilassung han-*

² Klonovsky / von Flocken, *Stalins Lager in Deutschland*, DTV München 1993, S. 187

deln konnte. Nach einigen Tagen und dem Gespräch mit mehreren Mithäftlingen wurde ihm klar, dass Zeitdauer und Ausgang der Haft völlig unbestimmt waren. Ein Prozess, eine Urteil, auch nur eine Begründung seiner Verhaftung hat er nicht erhalten.“

Die Befragten erlebten über den gesamten Zeitraum der Haft erhebliche seelische und körperliche Gewalt, wie völlige **Isolation, Verhöre rund um die Uhr, Schlafentzug, Einzel-, Dunkel-, Isolationshaft, Misshandlungen körperlicher und seelischer Art. Lebenswichtige Bedürfnisse wie genügend Nahrung, ausreichend Kleidung und Hygiene, menschenwürdige Unterbringung und gesundheitliche Versorgung, Einhaltung von Recht und Ordnung** wurden nicht einmal ansatzweise ausreichend gewährleistet.

„Schlaf- und Essentzug, Tage und Nächte lange Dauerverhöre, Einzelhaft, Steh- und Wasserkarzer sowie physische Misshandlungen waren die Regel. Die entsprechenden Gerichtsprozesse endeten in der Regel mit langen Haftstrafen. Die Haftbedingungen waren durch Verwahrlosung, unzureichende Ernährung und Hygiene, durch schlechte medizinische Versorgung und Gewaltübergriffe von Aufsehern gekennzeichnet. Bis 1949 wird geschätzt, dass etwas ein Drittel der Häftlinge in der Haft verstarb.“³

Interview Nr. 2: „Über die Unterbringung in Sachsenhausen berichtet Frau ..., dass 15 bis 17 Gefangene auf einem langen Bettgestell untergebracht waren, die Schlafbreite betrug für jeden etwa 50 – 70cm. Es gab keine Strohsäcke, keine Decken, keine Kissen, nur blanke ungehobelte Bretter. ... Die Ernährung war ausgesprochen schlecht. Es gab pro Tag 300 Gramm Brot von sehr schlechter Qualität...“

Über den Umgang mit der Haftzeit, das Verhalten in der Haft, darüber, was in der Haftzeit hilfreich oder erschwerend waren, berichteten die Befragten sehr Verschiedenes. **Positiv wurden Aktivität und Arbeit, Solidarität und Hilfe, Kreativität, Vertrauen in die eigene Person und Hoffnung auf Gerechtigkeit** benannt.

Interview Nr. 5: „So organisierten die Häftlinge, obwohl es verboten war, Zirkel für Mathematik, Sternenkunde, Rechtschreibung, Rechtswesen, technische Dinge. Dies hat sehr viel geholfen, die unmenschlichen Bedingungen dort zu überstehen. Die Häftlinge waren auch sonst sehr erfinderisch. Da es keine Wäsche gab, versuchten die sich selber zu helfen, Draht wurde organisiert, aus dem Stricknadeln und Nähadeln hergestellt wurden, mit Fäden und Stoffresten aus Bezügen von Strohsäcken und anderen nicht mehr brauchbaren Materialien wurden Pullover, Socken, Unterwäsche hergestellt...“

Negativ wirkten sich dagegen **Passivität, Kontaktvermeidung, Resignation, Anhaltende starke Angst, Lethargie oder aggressive Durchbrüche** aus.

Interview Nr. 7: „Nach einem 1/4 Jahr wurde er wegen seiner kritischen Äußerungen und seines aufrührerischen Verhaltens in einen anderen Block verlegt. Er ist auch dort sehr schnell in Konflikt mit dem Wachpersonal geraten,...“

3 Dennis / Baum, Entschädigung psychischer Gesundheitsstörungen nach politischer Haft in der SBZ/DDR, in: Neue politische Wochenschrift 3289-3301.

Die Zeit nach der Haft war für die Befragten vor Allem dadurch gekennzeichnet, dass sie über die Haftzeit absolutes Schweigen bewahren musste. Dies machte es nicht möglich, dass Erlebte mit anderen zu teilen, zu verarbeiten oder zu betrauern. Bei einzelnen Befragungen wurde deutlich, dass auch Anfang der 90er Jahre nicht einmal nahe Familienangehörige über die Haftzeit Bescheid wussten. Dies führte dazu, dass psychische und physische Folgen der Haft oder bestimmte soziale Verhaltensmuster nicht hinreichend erklärt werden konnten, was zu Stigmatisierung und Ausgrenzung führte und oft eine Retraumatisierung darstellte. Hinzu kam die berechtigte Angst vor oder das Durchleben von erneuten politisch motivierten Repressalien, die nach den bereits durchlittenen körperlichen und seelischen Traumata einen über viele Jahre anhaltenden chronischen Stressor bedeutete. Politisch und sozial galten ehemalige politische Häftlinge als unzuverlässig bis unerwünscht, was die beruflichen und soziale Entwicklung und Förderung negativ beeinflusst und sie ebenfalls an den Rand der Gesellschaft drängte. Die Lebenssituation der ehemals politisch Inhaftierten war nach ihrer Haft in der DDR war also durch gleich mehrere negativ wirksame Faktoren und deren Zusammenwirken bestimmt.

Interview Nr. 1: *„Herr H. fand Arbeit in einem Baubetrieb, konnte aber auf Grund von Schwindelanfällen keine Arbeit auf einem Gerüst mehr ausüben und musste daher als berufsuntauglich eingeschätzt werden. Er nahm eine Arbeit in einem chemischen Werk an, durch die gesundheitlichen Einschränkungen konnte er keine gut bezahlte Tätigkeit ausüben, dadurch und die häufigen Ausfälle durch Krankheit befand er sich in einer dauerhaften finanziell schlechten Situation.“*

Damit führten sowohl die Zeit der Inhaftierung, als auch das Leben danach in der DDR zu einem grundsätzlichen Verlust der basalen Erfahrung von Sicherheit und Schutz. Nach **Abraham Maslow** ist das Bedürfnis nach Sicherheit ein menschliches Grundbedürfnis. Normalerweise lernt der Mensch im Laufe seiner Kindheit und Jugend, dass seine Bedürfnisse nach Sicherheit und Schutz befriedigt werden. Ein Mensch, dessen Sicherheitsbedürfnisse befriedigt wurden, hat folgende Grundüberzeugungen: **+Die Welt ist ein sicherer Platz, die meisten Leute sind wohlmeinend. +Die Dinge, die auf der Welt passieren, passieren aus bestimmten Gründen. +Guten Leuten werden gute Dinge passieren.** Nach einem Trauma gerät diese Grundüberzeugungen außer Kraft, die Erfahrung, dass die Welt verlässlich ist, geht verloren. Die Befragten, welche einen **Zustand extremer Traumatisierung, das Erleben massiver äußerer Gewalt, hoher psychischer Belastung und extreme Anforderungen an die Bewältigungsmechanismen** erlebten und berichteten, sahen die Haftzeit durchgängig als **traumatisches, destruktiv in das Leben eingreifendes und zu Unrecht geschehenes Ereignis** mit einem massiven Verlust an Vertrauen und dem Gefühl von Sicherheit an.

Folgerichtig war der Prozentsatz **psychischer haftbedingter Symptome** hoch: 90% der Befragten gaben Symptome einer **Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS)**

mit Schlafstörungen, Alpträume, Hypermnesien und erhöhter Reizbarkeit an, 40% eine **depressive Symptomatik**, 25% Symptome einer **Andauernden Persönlichkeitsveränderung** (APS) und 15% eine **Angstsymptomatik**. Dies entspricht den in der Literatur beschriebenen **psychischen Folgen von Extremtraumatisierung** (PTBS, APS, Angststörungen, Depressive Störungen, Substanzmissbrauch).

Interview Nr. 1: *„Herr H. nahm Beruhigungsmittel, Schlaf- und Schmerztabletten ein. Schlafstörungen, schnelle Ermüdbarkeit, Konzentrationsschwäche, nächtliche Angstzustände und Alpträume, depressive Stimmung und Reizbarkeit werden angegeben und treten vor Allem dann auf, wenn Herr H. von Erinnerungen und Träumen, die die Haftzeit betreffen, heimgesucht wird bzw. auf Grund aktueller politischer Ereignisse an das ihm zugefügte Unrecht erinnert wird.“*

Die **physischen Folgen der Haft** bestanden vor Allem in einer verminderten allgemeinen Belastbarkeit, einer erhöhten Rate an Erkrankungen des **Herz-Kreislauf-, Magen-Darm- und Muskel-Skelett-Systems**, welche zum Einem durch die in der Haft erlittenen schweren Erkrankungen wie Tuberkulose, Pneumonie, Pleuritis, Ruhr, Enteritis hervorgerufen worden, zum Anderen durch die erhöhte psychovegetative Reagibilität als Folge von chronischen traumatischen und posttraumatischen Stress. Alle in sowjetischen Speziallagern inhaftierten litten an **Dystrophie**, die durch quantitativen und qualitativen hochgradigen Nährstoffmangel, vor Allem das Fehlen von Eiweiß und Vitaminen, entsteht. Die Folgen sind akut Abmagerung, Abbau der Fettpolster und der Muskulatur, Ödeme in den Beinen, in der Bauchhöhle und im Kopf. Chronisch kommt es zu einer Schädigung der Muskulatur, auch der Herzmuskulatur, Gefäßschwäche, Magen- und Darmstörungen und Knochenveränderungen, sexuellen Störungen, Kreislaufdysregulationen. Das Entlassungsgewicht der Betroffenen nach der Haft lag zwischen 35 und 50kg, sie berichten über Nierenerkrankungen, Verwachsungen im Bereich der Lungen und des Brustkorbes, Gelenkrheumatismus, es gab eine Chlorverätzung der Augen mit Sehstörungen.

Interview Nr. 1: *„Herr H. magerte innerhalb eines Jahres auf 40kg Körpergewicht ab und litt an ausgeprägter Dystrophie. An den Armen befanden sich ausgedehnte Entzündungen bis zur Nekrose, er war stark verlaust.“*

Das Ausmaß der psychischen und physischen Folgen der Haft war in unserer Untersuchung abhängig von Art, Ausmaß und Dauer der einwirkenden Traumata. Eine lange Haftzeit, die individuelle oder häufige Erfahrung von Gewalt führten zu ausgeprägteren Gesundheitsstörungen. Ebenso führten konstruktive Verhaltensweisen in der Haft zu einer geringeren Ausprägung gesundheitlicher Störungen. Sekundär wirkten frühere Lebenserfahrungen, die Persönlichkeitsstruktur und soziale Faktoren auf die Ausprägungen der Störungen ein. Eine gute soziale Einbindung und familiär gute Einbindung während und nach der Haft wirken sich positiv aus. Ein weiterer günstiger Faktor war ein offener und integrativer Umgang mit der Haft. Negativ verstärkend

wirkte es sich aus, wenn die Haft unverarbeitet und emotional – kognitiv negativ besetzt blieb.⁴

Bei allen Befragten bestand in unterschiedlicher Ausprägung ein **Symptomkomplex psychischer, und physischer Störungen analog dem Überlebenden-Syndrom bei Opfern nationalsozialistischer Gewalt und Kriegstraumata.**

„Das Liegen auf einer 60cm breiten Holzfläche mit 17 Jahren bei einem Gewicht von 40kg ist eben nicht nur das Liegen auf einer harten Unterlage. Wenn gravierender Bewegungsmangel, ein im Wachstum befindlicher Körper und eine Dystrophie über Jahre hinweg zusammen kommen, entstehen Schäden im Fortbewegungsapparat. Genauso sind die in der Haft erlitten psychischen Traumata nicht schicksalsbedingt für die Betroffenen, sondern von anderen Menschen zugefügtes Unrecht, welches psychologisch genau kalkuliert und eingesetzt wurde.“⁵

„Die Anzahl der durch politische Repression in der DDR latent oder manifest psychisch beeinträchtigten bzw. gestörten Personen ist auf wenigstens 300.000 zu schätzen, ...bei einer konservativen Schätzung ist damit zu rechnen, dass wenigstens 100.000 Personen eine manifeste psychische Störung im Sinne einer posttraumatischen Belastungsstörung oder einer anderen psychischen Störung entwickelt haben und die Anzahl traumabedingter, chronifizierter psychischer Erkrankungen auf wenigstens 50.000 zu schätzen ist. Wie die hierzu vorliegenden Ergebnisse empirischer Untersuchungen zeigen, sind die psychischen Folgen der politischen Repression in eindeutiger Weise über Jahre bis Jahrzehnte zu verfolgen und stellen eine erhebliche Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit dar.“⁶

Die **wissenschaftliche Beschäftigung** mit den psychischen Folgen massiver äußerer Gewalt begann nach dem 1. Weltkrieg. Neben den durch körperliche Schädigungen hervorgerufenen Symptomen trat ein Syndrom mit Zittern, Lähmungen, Sprachstörungen, massiven Ängsten, Alkoholproblemen und Aggression ein, welches als **Kriegszittern, Kampfnervose, Kriegsneurose, Granatenschock** bezeichnet wurde und 10–15 % Prozent der Soldaten an der Front betraf.

„Der Erste Weltkrieg war ein so unglaublich brutales, hochtechnisiertes, unmenschliches Erlebnis für viele dieser Soldaten, dass ihre Nerven so stark darauf reagiert haben“, erklärt der Medizinhistoriker **Wolfgang U. Eckart** von der Universität Heidelberg. Diese psychischen Probleme der Soldaten des 1. Weltkrieges wurden als Willensschwäche angesehen. Gängige Behandlungsmethoden waren Anschreien, Hypnose, Scheinoperationen unter Narkose, Zwangsexerzieren und Elektrotherapie. *„Diese Behandlungsmethoden trugen den Charakter einer zweiten Traumatisierung“⁷*, so **Eckart**. Die psychisch be-

4 Bandemer-Greulich / Lukas / Fikentscher, Bewältigungsformen und psychophysische Haftfolgen bei stalinistisch Verfolgten, in: Zeitschrift für Medizinische Psychologie Nr.2, 1998, S. 75-80.

5 Zur medizinischen, psychologischen und politischen Beurteilung von Haftfolgeschäden, Magdeburg 1995, S. 51.

6 Freyberger / Frommer / Maercker / Steil, Gesundheitliche Folgen politischer Haft, Dresden 2003, S. 25/26.

7 Franziska Zoidl, Kriegsneurosen: Das große Zittern an der Front, in: der Standart.at, 10. Februar 2014

einträchtigen Soldaten, die nach dem Krieg nachhause zurückkehrten, wurden laut **Eckart** von der Gesellschaft zu Versagern und Rentenbetrügern erklärt. Nach dem 2. Weltkrieg setzte sich die Auseinandersetzung mit den psychischen Folgen des Erlebens massiver äußerer Gewalt fort. **William G. Niederland** prägte gemeinsam mit Henry Krystal **1964** den Begriff **Überlebenden-Syndrom**, in dem er die psychischen Folgen der Verfolgung und der KZ-Inhaftierung im nationalsozialistischen Regime zusammen fasste. In mehr als hundert Gutachterprozessen musste **Niederland** sich mit den Gutachten der konservativen deutschen Psychiater auseinandersetzen, die in fast allen Fällen keinen Krankheitswert der KZ-Überlebenden feststellen konnten, eine Renten neurose attestierten oder aber die Erkrankung auf die „schwache Konstitution“ der Überlebenden schoben. Die Arbeit engagierter Gutachter und Wissenschaftler führte 1965 in der damaligen Bundesrepublik zur Anerkennung des Überlebendensyndrom als eigenständiges Krankheitsbild und zur Entschädigung über das Bundesentschädigungsgesetz. Es dauerte noch bis in die 70er und 80er Jahre bis, zumindest in Fachkreisen, die posttraumatische Belastungsstörung als wissenschaftlich gesicherte Diagnose anerkannt wurde. So fand sich im offiziellen Diagnosenklassifikationsystem, der ICD, noch bis 1990 keine Klassifikationsmöglichkeit für eine posttraumatische Störung.

Die Erfahrungen mit Vietnam Veteranen führte zur Aufnahme der **Posttraumatic Stress Disorder** im DMS III 1980 in den USA. Erst 1992 wurde die Diagnose der **Posttraumatischen Belastungsstörung** und der **Andauernde Persönlichkeitsstörung nach Extrembelastung** in die ICD 10 aufgenommen.

Diagnostische Kriterien für eine PTBS nach ICD-10

- Der Betroffene war (kurz oder lang anhaltend) einem belastenden Ereignis von außergewöhnlicher Bedrohung oder mit katastrophalem Ausmaß ausgesetzt, das bei fast jedem eine tiefe Verzweiflung hervorrufen würde.
- Es müssen anhaltende Erinnerungen an das traumatische Erlebnis, oder das wiederholte Erleben des Traumas in sich aufdrängenden Erinnerungen (Nachhallerinnerungen, Flashbacks, Träumen oder Albträumen), oder eine innere Bedrängnis in Situationen, die der Belastung ähneln oder damit in Zusammenhang stehen, vorhanden sein.
- Der Betroffene vermeidet (tatsächlich oder möglichst) Umstände, die der Belastung ähneln.⁸

Diese wissenschaftliche Erkenntnisse und diagnostischen Leitlinien bildeten die Grundlage für die Aufarbeitung, Begutachtung und Behandlung der psychischen Folgen politischer Repressalien in der ehemaligen SBZ und der ehemaligen DDR. Durch den mutigen Einsatz von Betroffenen, die engagierte Arbeit von Opferverbänden und Expertengremien lagen bereits Anfangs der 1990er Jahre fundierte Grundlagen zur

⁸ Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Ausgabe, Version 2013.

Beurteilung psychischer und physischer Folgen politischer Gewalt vor. Trotzdem lag nach dem Expertengutachten von Freyberger, Frommer, Maercker und Steil 1999 die Anerkennungsquote nur bei im Durchschnitt 5%, von den zuständigen Ämtern wurden Haftfolgeschäden also nicht einmal ansatzweise in ausreichendem Maße erkannt, noch anerkannt.

„Gesundheitspolitisch wie sozialrechtlich ist dabei von Relevanz, dass nur eine vergleichsweise geringe Zahl von Betroffenen eine angemessene Beratung und Therapie aufgesucht sowie eine Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden erreicht hat. Aus verschiedenen, offensichtlich keineswegs rationalen Gründen, werden dabei in der überwiegenden Anzahl der Fälle die Anträge abgelehnt oder in ihren Ansprüchen reduziert. ...Viele von ihnen sind über die neuen politischen Verhältnisse nach der Wende enttäuscht. Die Hoffnung auf Gerechtigkeit und die Verurteilung der Täter sei nicht zuletzt durch die Niederschlagung der meisten Strafverfahren gegen Täter der DDR-Zeit enttäuscht worden. In Analogie zu dem Schicksal vieler Holocaust-Opfer wird deshalb in der Literatur wohl nicht zu unrecht von einer Retraumatisierung der schon Geschädigten durch die ernüchternden neuen Verhältnisse nach der Wende gesprochen.“⁵⁸

Es besteht also nach wie vor, 70 Jahre nach der Errichtung sowjetischer Speziallager und 25 Jahre nach dem Ende der DDR, noch erheblicher Handlungsbedarf. Die Anfang der 90er Jahre erarbeiteten wissenschaftlichen Grundlagen konnten, entgegen den Erwartungen und Zielstellungen nicht in einmal in annähernd ausreichendem und zufriedenstellend Ausmaß in die Praxis der Behandlung, Begutachtung und Entschädigung von Opfern stalinistischer Gewalt umgesetzt werden. Damit wurde Menschen, die massivem Unrecht und erheblicher Gewalt oft bereits in sehr jungen Lebensalter ausgesetzt und dadurch oft für ihr ganzes weiteres Leben geschädigt waren, Wiedergutmachung, Anerkennung und Würdigung verweigert und damit eine Situation der Retraumatisierung geschaffen. Dem entgegenzusetzen wäre ein von Achtung und Offenheit gekennzeichneter Umgang mit den Menschen, die unter stalinistischer und anderer politischer Gewalt, gleich in welcher Form, gelitten haben, eine von Professionalität, Kompetenz und Empathie gekennzeichnete Behandlung ihrer Anliegen. Dies könnte für die Betroffenen eine, wenn auch späte und partielle, Wiederherstellung ihres Rechts- und Sicherheitsempfindens und Linderung der Traumafolgen bedeuten, welche Ihnen aus meiner Sicht auch zusteht und zu gestanden werden sollte.

58 Freyberger / Frommer / Maercker / Steil, *Gesundheitliche Folgen politischer Haft*, Dresden 2003, S. 26.

PODIUM II –

„Ausblick: Zur Zukunft der Lagergemeinschaften und Initiativgruppen“

Anmerkung der Redaktion: An der zweiten Podiumsdiskussion nahmen Frau Dr. Rita Lüdtkke, Herr Matthias Taatz und Herr Eckhard Fichtmüller als jeweilige Vorsitzende ihrer Arbeitsgemeinschaft oder Initiativgruppe teil. Herr Fichtmüllers Beitrag basiert auf seinen mündlichen Ausführungen auf dem Kongress, wurde aber noch einmal von ihm zu einem zusammenhängenden Text umformuliert. Frau Dr. Lüdtkes Beitrag wird hier hingegen wortwörtlich wiedergegeben. Herr Taatz' Beitrag konnte wegen Krankheit leider nicht fertig gestellt werden.

[Rainer Potratz: Frau Dr. Lüdtkke, was ist ihr Motiv, sich für die Aufarbeitung einzusetzen?]

Dr. Rita Lüdtkke: Was war mein Motiv? Eigentlich bin ich Flüchtling aus Breslau, meine Mutter ist mit vier Kindern in die Flucht gegangen. Was eine Frau mit vier Kindern 1945 im Januar, eiskalt, miterlebt hat, war nicht viel besser als ein Speziallager. Dann habe ich 1990 das Grünflächenamt der Stadt Neubrandenburg übernommen, und da hieß es, ‚Frau Lüdtkke, Sie haben nicht nur Grün-, und Sport- und Kinderspielplätze, sondern auch Friedhöfe, Gedenkstätten und in Ihrem Wald gibt es mehr als nur Bäume.‘ Nämlich Massengräber! Ich wollte in der Stadt nach 1989 Schönes entwickeln und als erstes kam so wie einer kleiner Schock: Kein schöner Wald, sondern im Untergrund ist mehr und wir haben mit Suchgrabungen begonnen. Das hat mich eigentlich in meiner Funktion beflügelt und die gesamte Frage „Lager Fünfeichen“ ist fast zu meiner Hauptaufgabe als Grünflächenamtsleiterin geworden. Wir haben viel in Neubrandenburg als Grünflächenamt zu bewältigen gehabt, von Kinderspielplätzen bis zum Friedhof bis zum Hafen, alles mögliche was wir hier gebaut haben, Krematorium und, und, und. Aber, die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, wo ich gleich nach der Gründung 1991 Ehrenmitglied wurde, hatte was ganz besonderes, weil es einfach emotional war und mich auch innerlich berührt hat, weil ich vieles doch auch persönlich oder anders mitgemacht habe. Und da bin ich eigentlich geblieben, hab die gesamte Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen geplant, gebaut, betreut, bin immer dabei gewesen und wie nachher so langsam meine Rentenzeit in die Diskussion kam, war klar: ‚Frau Lüdtkke, ganz aufhören zu arbeiten können Sie nicht.‘ Und jetzt hab ich mit über 800 Mitgliedern fast einen voll-time-job als Rentnerin.

[Rainer Potratz: Herr Fichtmüller, wie war das bei Ihnen?]

Eckhard Fichtmüller: Ich bin 1968 in meine erste Pfarrstelle gekommen. Das war eine Dorfpfarrstelle in der Nähe von Beeskow, ungefähr 40 Kilometer von Fürstenwalde und dem ehemaligen Ketschendorf entfernt. Bei seelsorgerlichen Gesprächen in Familien, besonders in Zusammenhang mit Trauerfällen, hat man mir davon erzählt, dass jemand aus der Familie und auch noch weitere Menschen aus dem Ort im Lager Ketschendorf

ums Leben gekommen sind. Das war bei solchen Gesprächen dann ein wichtiges Thema, weil sonst nicht darüber gesprochen wurde. Dadurch habe ich Dinge erfahren, die sonst nicht öffentlich besprochen wurden. Für mich war es dann eine Herausforderung, eine Trauerfeier so zu gestalten, dass die Angehörigen sich verstanden fühlten und sie spürten, dass dieses sie sehr bewegende Thema mitschwang.

Es gehörte für mich als Pfarrer in der DDR dazu, auch Gesprächspartner zu sein für Menschen, die in der Gesellschaft ausgegrenzt und benachteiligt wurden, weil sie die staatlich vorgegebenen Einstellungen und Parolen nicht teilten und mehr Freiräume suchten.

1980 übernahm ich eine Pfarrstelle in Fürstenwalde-Süd, dem ehemaligen Ketschendorf.

Zu meinen gemeindeübergreifenden Arbeitsbereichen gehörten die Jugend- und die Friedensarbeit. Im Rahmen einer kirchlichen Initiativgruppe war ich bei den lokalen Aktivitäten der Friedlichen Revolution intensiv beteiligt. Für diese Gruppe saß ich dann auch am Runden Tisch.

Im Blick auf das Internierungslager Ketschendorf kam es hier für mich zu einem Schlüsselerlebnis. Überlebende des Internierungslagers Ketschendorf stellten an den Runden Tisch den Antrag, für das Lager und seine Opfer eine Gedenkveranstaltung zu machen. Sie sollte am 8. Mai 1990 stattfinden, weil sie davon ausgingen, dass das Lager zu diesem Datum eingerichtet worden war. Ich habe ihr Anliegen intensiv unterstützt. Nach heftigen, sehr kontroversen Debatten stimmte der Runde Tisch dem Antrag schließlich zu.

So fand das erste Gedenken für das Internierungslager Ketschendorf und seine Opfer schon am 08. Mai 1990 statt. Es war eine bewegende und sehr berührende Veranstaltung, zu der mehr als 2000 Menschen aus ganz Deutschland ins ehemalige Ketschendorf gekommen sind, unvergesslich für alle.

Zum besseren Verständnis noch ein paar Worte zum Internierungslager Ketschendorf. Das Lager wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht Ende April 1945 als sowjetisches Speziallager Nr. 5 eingerichtet. Der Krieg war noch nicht zu Ende. Eine Arbeiter-Wohnsiedlung der Deutschen Kabelwerke wurde von der Besatzungsmacht dafür in Anspruch genommen. Die für etwa 500 Bewohner gebaute Siedlung wurde geräumt, mit Stacheldraht eingezäunt und Wachtürmen versehen. Bis zu 10.000 Menschen wurden in diesem Lager eingepfercht. Bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 kamen hier 4.722 Menschen ums Leben.

Seit Mai 1990 finden jährlich Gedenkveranstaltungen für das Internierungslager und seine Opfer statt. 2015 war es die 26. Gedenkveranstaltung.

[...]

[**Rainer Potratz:** Herr Fichtmüller, haben Sie denn auch Erfahrungen mit dem intergenerationellen Erzählen innerhalb der Familie, innerhalb ihrer Lagerarbeitsgemeinschaft, vielleicht auch nach 1990?]

Eckhard Fichtmüller: Soweit ich weiß war es in vielen Familien so, dass bis 1990 nicht darüber gesprochen wurde. Die Überlebenden waren bei Androhung von Strafe zum Schweigen verpflichtet worden. Erst mit und nach der ersten Gedenkveranstaltung begann eine ganz neue Phase.

Die Überlebenden, welche die Initiative für die erste Gedenkveranstaltung ergriffen hatten, fanden sich zu einer Initiativgruppe zusammen, um die weitere Arbeit zu organisieren, Informationen zu sammeln und Suchanfragen zu beantworten. Auch die jährlichen Gedenkveranstaltungen bereiteten sie vor. Ich war mit ihnen immer in Verbindung und an den Gedenkveranstaltungen beteiligt.

Ich bin voller Achtung und Staunen darüber, dass Überlebende des Lagers bei der ersten sich bietenden Möglichkeit sofort präsent waren und dieses verschwiegene Thema aufgriffen.

In der Gedenkstätte in Ketschendorf steht ein kleiner Gedenkstein, auf dem steht ein kurzer Auszug aus dem Ketschendorfer Lagergedicht, das im Lager oder im Zusammenhang mit dem Lager entstanden ist. Ein Verfasser ist nicht bekannt. Da steht:

„Wisst ihr wo unsere Toten liegen? In Wäldchen unter grauen Hügeln ruhen sie aus von allem Leid, ohne Sarg und ohne Kleid. Bald wird der Wind eure Gräber verwehen, eure Namen in unserem Gedächtnis stehen.“

1990 war es soweit. Überlebende erinnerten sich an diese Verpflichtung, an das Lager und an die Toten zu erinnern. Sie waren zur Stelle und haben es in die Hand genommen. Ich war froh, ihnen Begleiter auf diesem Weg sein.

1995 wurde ich Superintendent des Kirchenkreises und hatte in diesem Amt gerade in dieser Zeit der vielen Veränderungen in der Kirche ein gehöriges Pensum an Arbeit zu bewältigen. Mir war es wichtig, für die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf, für ihre Anfragen, für Gespräche und für die Gestaltung von Gedenkveranstaltungen zur Verfügung zu stehen.

[**Rainer Potratz:** „Wir reden ja über die Zukunft dieser Lagerinitiativen. Deshalb ist meine Frage auch: ‚Wie läuft das eigentlich innerhalb und über die Generationen hinweg?‘ Wenn Sie sagen, dass Sie über 800 Mitglieder in Ihrer Arbeitsgemeinschaft sind, dann sind das vermutlich nicht nur Überlebende, sondern vielleicht auch Angehörige derjenigen, die in den Lagern waren. Kann man sagen, dass über die Familienerzählungen Menschen zu Ihnen kommen, sich bei Ihnen engagieren?“]

Dr. Rita Lüdtke: Ja, sowohl als auch. Insgesamt würde ich erstmal sagen, wir hatten in Fünfeichen 15.300 Häftlinge, ich würde genauso gut behaupten wir haben 15.300 Geschichten der einzelnen Häftlinge über das Leben in Fünfeichen, weil jeder das La-

gerleben ganz unterschiedlich erlebt hat. Es kam immer darauf an, wo war er, hatte er Glück, dass er Arbeit hatte – in Fünfeichen hatten wir einen Arbeitstrakt, wo viele die Möglichkeit hatten zu arbeiten. Die im Nordlager durften nicht arbeiten, die haben ganz anders die Sache erlebt. Die Geschichten sind also vielgestaltig. Ich hab mit jemandem vor der Wende über 20 Jahre zusammen gearbeitet, wir haben zusammen gegessen, gefeiert, getrunken und wie wir uns in Fünfeichen getroffen haben, dann sagt Kurt: ‚Sag mal, was machst du denn hier?‘ ‚Ja, ich leit‘ das Grünflächenamt, ich bin dafür verantwortlich hier was zu gestalten.‘ Da sagt er: ‚Und ich war drei Jahre hier.‘ Da sag ich: ‚Kann doch nicht wahr sein!? Wir haben manches Bier zusammen getrunken, wir haben manches Tanzbein geschwungen und jetzt sagst du mir, du hast drei Jahre hier im Lager gesessen?‘ Man hat darüber, auch wenn man Kumpel war, zusammen gearbeitet hat, gefeiert hat, man hat dieses Thema nicht angesprochen, und wenn man auch noch so intim miteinander war, das Thema war einfach tabu.

Die Arbeitsgemeinschaft wird nächstes Jahr 25 Jahre alt, mit 135 Mitgliedern. Bei der Gründungsversammlung war ein Verhältnis von ungefähr 50% Häftlingen zu 50% Angehörigen. Das veränderte sich mit den einzelnen Jahren. Ungefähr bis Ende der 90er Jahre, knapp 2000, waren wir etwa 500 Mitglieder. Da war auch noch das Verhältnis, das fast 50% noch lebende Häftlinge waren, dieses ist dann aber rapide zusammen gebrochen. Die Leitungsmitglieder, die von der 1. Stunde an den Mut hatten, die Arbeitsgemeinschaft zu gründen, die diese Arbeit auf sich genommen haben, wahnsinnig viel angeleitet haben, die waren dann auf einmal doch in einem Alter wo sie gesagt haben: ‚Jetzt kann ich nicht mehr, es wird mir zu viel.‘ Der ganze Sprecherrat ist zurück getreten und dann auf einmal musste ich Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft werden und mir was neues einfallen lassen, weil sich auf einmal die Frage stellte: ‚Ich kann nicht nur auf noch lebende Häftlinge setzen, sondern ich muss einfach berücksichtigen, dass auch im Lager Fünfeichen ein Drittel der Häftlinge verstorben sind. Von den 15.000 sind etwa 5000 für immer und ewig in Fünfeichen geblieben und die Angehörigen haben einfach ihre Mutter, ihren Vater, ihren Opa da liegen.‘ Das heißt, wir mussten auch unsere gesamten Arbeitsinhalte, unsere Veranstaltungsinhalte etwas neu anpassen an die Frage ‚Was wollen wir? Was wollen wir in der Zukunft?‘. Und bereits im Jahr 2000 haben wir gesagt: ‚Wir müssen jetzt aufpassen. Wir sind an einem Scheidepunkt, wo wir von der Mitgliederanzahl rückläufig gegangen sind, von den 500, und haben relativ schnell eigentlich fast einen Neuanfang gemacht. 338 Mitglieder sind in der Zwischenzeit verstorben oder ausgeschieden, die haben wir ersetzt und sind trotzdem bei fast 800!‘

Das heißt wir haben einen enormen Zugang und es kommen immer wieder Leute – aus den Alten Bundesländern noch mehr als aus den Neuen Bundesländern – die einfach sagen: ‚Ich war hier im Urlaub, der Haushalt meiner Mutter oder meines Vaters ist aufgelöst, wir haben irgendwelche Unterlagen gefunden, die deuten da auf etwas hin. Mein Vater und unsere Mutter hat uns nicht in jedem Fall die Wahrheit gesagt! Immer wieder jetzt nach 25 Jahren kommen neue Leute, die jetzt erst nach dem Tod von Vater,

Mutter oder Großvater versuchen, das aufzuarbeiten. Und das sind unsere neuen Mitglieder, wobei wir natürlich aber auch eine andere Kategorie haben. Wir haben ganz konkret 777 Mitglieder, das sind Angehörige, das sind entweder unsere noch-lebenden Opfer – wir haben nur noch 98, wir haben die 100 unterschritten, wir waren vor ein paar Jahren noch 150, aber sie sind alle 65+ – das wir gesagt haben: ‚Das sind die Mitglieder, wir brauchen aber auch noch andere Partner‘. Neben uns sitzen unsere Pfarrer, wir brauchen die Pfarrer zu unserer Veranstaltungen, zum ökumenischen Gottesdienst, wir brauchen die für den Inhalt. Und wir brauchen die Schüler! Das sind die Gymnasien, die an erster Stelle mitwirken in der gesamten Frage der Vorbereitung der Mitgestaltung, damit wir Jugendliche vor Ort haben.

Wir hatten jetzt im September unsere Veranstaltung mit den noch lebenden Häftlingen und haben zwei neue Bronzetafeln mit 196 korrigierten Namen unserer Häftlinge übergeben und da kam die Junge Union: ‚Frau Lütcke, was sollen wir tun? Welchen Beitrag sollen wir bringen?‘ Da sag ich: ‚Macht doch ihr mal die Vorbereitungen der feierlichen Übergabe dieser zwei Bronzetafeln.‘ Und das hat die Junge Union mit 10 Mann alles selbst vorbereitet, einen schönen dekorative Stoff drüber gelegt, da haben sie Ehrenwache gestanden, es wurde Musik gespielt, das war super. Und das ist so ne Frage, wo ich sage: ‚Wir haben einmal die Kategorie “unsere Mitglieder”, das sind die Angehörigen und die andere Kategorie, das sind “kooperierende Mitglieder”, das sind uns gut gesonnene, Förderer, Spender, der Oberbürgermeister, das sind Leute aus der Landesregierung, die wir als Partner brauchen und das ist so wo wir immer wieder sagen, ‚wir müssen uns was neues einfallen lassen, damit wir all dem gerecht werden‘. Vielleicht erstmal so viel.

[...]

[Rainer Potratz: Herr Fichtmüller, bei den NS-Opfern gibt es den Begriff der zweiten und dritten Generation. Aus dem Bewusstsein, dass man erfahren hat, dass man aus einer verfolgten Familie kommt und dabei selbst auch Verfolgungserfahrung mitbekommen hat oder sich ausgegrenzt fühlte. Haben Sie Anzeichen gemerkt, dass in der zweiten und dritten Generation der Speziallagerhäftlinge auch so eine spezifische Identität entstanden ist?]

Eckhard Fichtmüller: Das kann ich weder bestätigen noch verneinen. Wir haben aber gemerkt, dass es Interesse in Familien, unter Angehörigen, bei Kindern und Enkeln gibt, Informationen zu erhalten, wenn es in der Familie Menschen gibt, die im Internierungslager waren.

Manche Nachfragen hängen auch damit zusammen, dass wir im vergangenen Jahr ein Totenbuch für das Internierungslager Ketschendorf veröffentlicht haben, das schon eine gute Verbreitung gefunden hat. Wenn in Familien ein Mensch im Lager ums Leben gekommen ist und sein Name im Totenbuch steht, kommt dadurch manchmal ein Gespräch unter den Generationen zu Stande und das Interesse, den Ort des Sterbens

in Ketschendorf und den Ort der Ruhestätte der Toten auf dem Waldfriedhof in Halbe zu besuchen.

Wir haben bei Ketschendorf die Situation, dass wir zwei Gedenkorte haben:

1. die Reifenwerker-Siedlung, in der die Häftlinge eingepfercht waren, wo sie gestorben sind und wo sie in der Nähe des Lagers in Massengräbern verscharrt wurden
2. und den Waldfriedhof Halbe, wo die Toten ihre Ruhestätte gefunden haben.

Nachdem das Lager 1947 aufgelöst wurde, sind die Toten von Ketschendorf einfach unbeachtet und ungeachtet in der Erde gewesen. Die Fläche wurde beräumt. Es wurde nichts geduldet, was ein Zeichen der Erinnerung und des Gedenkens hätte sein können.

Als man 1952/35 in der Reifenwerksiedlung Wohnungen bauen wollte, stieß man auf die Massengräber. Unter strenger Geheimhaltung wurden die sterblichen Überreste der Toten ausgegraben. Sie fanden dank des Engagements des Pfarrers Ernst Teichmann auf dem Waldfriedhof Halbe eine Ruhestätte. Die Gräber wurden gekennzeichnet mit namenlosen Grabtafeln, auf denen die Anzahl der Toten stand und als Sterbedatum April 1945.

[Zwischenruf von **Gerhard Taege**: Das waren die Vorkriegstoten, also die im Kriege da gestorben sind.]

Eckhard Fichtmüller: Ja, im April 1945 war die Kesselschlacht von Halbe. Von den Opfern dieser Kesselschlacht haben mehr als 20.000 ihre Ruhestätte auf diesem Friedhof gefunden, Militärangehörige und Zivilisten, Kinder, Frauen. Der Friedhof war ,52/'53 schon in Grundzügen angelegt. Dort fanden die Ketschendorfer Toten ihre Ruhestätte als anonyme Tote. Öffentlich war das bis 1990 nicht bekannt. Sie galten als unbekannte Tote.

Als wir 1990 unsere erste Gedenkveranstaltung machten, gingen die meisten – auch ich selbst – davon aus, dass die Toten in Ketschendorf an der Autobahn begraben sind. Erst später erfuhren wir, dass sie auf dem Waldfriedhof in Halbe ihre Ruhestätte gefunden haben. Seit 2004 gibt es auf den Grabfeldern Steintafeln, auf denen die 4.621 Namen der zu diesem Zeitpunkt bekannten Toten stehen. Auf den Tafeln liegen oft Blumen als Zeichen, das Menschen dem Toten gedacht haben.

Für die Lokalgeschichte in Fürstenwalde ist es ein bleibend denkwürdiges Ereignis, dass sich hier eins der sowjetischen Internierungslager befand. Die Häuser noch da sind, in denen die Häftlinge eingepfercht waren und gestorben sind. Es ruhen auch noch etwa 200 Tote in der Fläche an der Autobahn.

Eine Aufgabe für die Initiativgruppe Lager Ketschendorf bleibt es, in Zusammenarbeit mit der Stadt Fürstenwalde, dem Landkreis und dem Land Brandenburg die Gedenkorte zu bewahren. Es wird auch immer wieder nötig sein, zeit- und sachgemäße Formen des Gedenkens an die Opfer und der Erinnerung an das Leiden und das Unrechts im Lager zu finden.

Das ist ein Teil der Zukunftssicherung. Dazu gehört es auch, dass dieser Teil der ost-deutschen Nachkriegsgeschichte in den Bildungsprogrammen im schulischen und außerschulischen Bereich und in der öffentlichen Wahrnehmung einen festen Platz hat.

[Rainer Potratz: „Frau Dr. Lüdtke, Sie haben ja schon die Arbeit mit den Schulen, die Bildungsarbeit, angesprochen. Im Gegensatz zu den großen Gedenkstätten, wie jetzt Sachsenhausen oder Buchenwald, werden Sie ja nicht institutionell gefördert. Wie versuchen Sie Pädagogen oder Partner zu finden, die pädagogisch ihre Themen vermitteln?“]

Dr. Rita Lüdtke: Vor etwa zehn Jahren hat mein Mann mal gesagt: ‚Manchmal hab ich das Gefühl, du bist Mitarbeiterin vom Sozialministerium in Brandenburg, weil so viel Rückfragen kamen zu der gesamten Frage ‘Wie entwickelt sich Sachsenhausen und wie entwickelt sich Fünfeichen?’. Wir sind fast Welten dazwischen, ich würde ein bisschen später noch was sagen, was unsere diesjährige Veranstaltung war, wo wir wirklich gesagt haben, gemeinsam kann man alles an einem Ort machen und wenn man will, sind Dinge möglich, wo man vorne weg sagt, die sind nicht möglich’. Wenn alle aufeinander zugehen, dann würde ich ganz eindeutig sagen, es ist vieles möglich. Ich bin immer ein bisschen neidisch wenn ich wieder mal in Buchenwald war, die haben eine große Bundes- oder Gedenkstiftung, die haben Mitarbeiter, die haben ehrenamtliche Leute‘ und dann sagen die ‚wir haben ne Veranstaltung bei uns, wenn wir 100/120 Leute sind, da sind wir stolz wenn 120 Leute zu unserer Veranstaltung kommen‘. Und wenn wir nach Neubrandenburg kommen, da waren sie noch nie unter 250. Wieso kommen die Leute, Neubrandenburg liegt in Mecklenburg doch schon ganz schön weit weg? Die kommen wirklich vom Bodensee, wir hatten jetzt zur zweiten Veranstaltung im September, dass Leute von Stuttgart, vom Bodensee, von Augsburg zu uns kommen wegen einer Ein-Tages-Veranstaltung, aber sie sind der Meinung, sie wollen kommen und das hat vielleicht auch ein bisschen was mit unserer gesamten Gestaltung in Fünfeichen zu tun. Ich mach den größten Teil der Führungen der Schulen selbst. Manchmal sage ich, ich bin zufrieden, dass es ein bisschen weniger wird, ist aber nicht gut, ist ja eigentlich negativ für das Land, das Land bezahlt sogar die Busfahrt, aber ich bin manchmal so dass ich Klassen zusammen nehme, weil ich manchmal schon nicht mehr schaffe. Weil ich das den größten Teil mache und die Stadt macht weniger, eigentlich müsste die Stadt manchmal ein bisschen mehr machen als wir als Arbeitsgemeinschaft, aber das ist so ne Frage – wir verstehen uns aber sehr gut mit der Stadt, muss ich sagen, wir arbeiten super zusammen. Das ist einfach so die Frage, dass – wir machen mit den Schulen sehr viele Projekte, ist ganz ganz wichtig, Projekte mit den Schulen sind unheimlich wichtig, damit sie ein Gefühl kriegen. Es kommen unterschiedliche Lehrer, manche Lehrer kommen, da kommen die Schüler zu mir: ‚Frau Lüdtke, wir haben so ‘nen Blatt mit, die Fragen müssen wir alle beantworten, können Sie das in Ihrem Vortrag berücksichtigen, damit wir alles beantworten können?‘ Also teilweise super vorbereitet, auch ein gutes Klima zwischen Schülern, das macht manchmal Spaß. Es gibt natürlich auch Schulklas-

sen, da muss ich zum Anfang erstmal sagen: ‚Hört mal zu, wir sind ne Gedenkstätte, wenn ihr Essen und Trinken wollt, das könnt ihr in der Pause machen, aber wir kommen nicht hier oben an und als erstes packen wir die Stullen aus und dann gehen wir in die Gedenkstätte oder fangen an zu rauchen‘. Also es gibt solche Klassen und solche Klassen, aber es gibt super Schülergruppen und super junge Leute. Gibt immer Ausnahmen. Also ich muss sagen, die Zusammenarbeit mit den Schulen macht Spaß, ich gehe dann auch immer hin wenn die Direktoren der Stadt Treffen haben und bring wieder ein bisschen neuere Literatur mit.

Wir machen viel Öffentlichkeitsarbeit über – ist heut früh auch mehrfach angesprochen worden – wir haben jetzt schon den zehnten Film den wir drehen – uns sterben unsere noch lebenden Häftlinge unter der Hand weg. Wir haben in den letzten Jahren fast jedes Jahr einen Film gedreht, das sind fast immer 10 Stunden Aufnahme mit den Häftlingen. Ich hab immer Schwierigkeiten, noch Häftlinge zu finden, die bereit sind, über was Neues zu reden, dann machen wir ‘nen Film von 25 Minuten, hängen da immer noch ‘nen kleinen Schwanz an, wo wir einen Häftling noch mal 10 Minuten über sein spezielles Thema reden lassen. Also indem wir erstmal noch festhalten, was wir noch festhalten können, wo wir dann später vielleicht mal sagen: ‚Schule – ich verschenk viel Filme auch immer in Schulen – hier habt ihr ‘nen Film, da könnt ihr die Häftlinge noch vor euch sehen und sie sprechen mit euch und in den einzelnen Themen – jeder Film hat ‘nen bestimmtes Thema – sodass wir auch ‘nen ganzen Teil Materialien, die wir als Arbeitsgemeinschaft 100% bezahlen müssen, uns schenkt auch keiner was, wir leben auch nur von Spenden, kriegen auch für Filme keine Zuschüsse, weder vom Land, noch von der Bundesstiftung, nur für einen kriegt man mal Geld, die anderen haben wir immer alleine bezahlt, aber wir finden immer Leute, die uns was geben. Und deshalb muss ich sagen, ist das wichtig, dass man mit Schulen, Punkt 1: den Zusammenhang hat, dass man Schüler gewinnt, die Interesse haben wenn sie Gedichte vortragen, wenn sie dafür mal ne Blume oder ‘nen kleines Geschenk bekommen, sie müssen ne Aufgabe kriegen, sie müssen auch mal im Film mit vorkommen, ist auch wichtig, damit sie sehen, auch ne Deutung haben. Aber entscheidend ist einfach die Einstellung der Geschichtslehrer und der Direktoren zur Problematik. Wenn ich sage ich bin froh dass es ein bisschen weniger wird – es wird leider weniger. Find ich nicht gut, das kann ich persönlich gut finden, aber es ist leider so, ich hab aber manchmal auch das Gefühl, es ist vielleicht ein bisschen egoistisch gesagt, ich war ja 15 Jahre in der Verwaltung, wenn man das ehrenamtlich macht, man macht das manchmal auch ein bisschen anders und ein bisschen mehr mit Herz und Liebe, weil man es einfach gerne macht. Ich mache das 25 Jahre, da hat man zu den Mitgliedern einen Kontakt, der fast persönlich und familiär ist. Manche sagen, ‚Oh, das ist wie eine große Familie wenn wir ne Veranstaltung haben‘ und das Klima macht unheimlich viel aus und wie man an die Sache ran geht und wie man mit den Menschen umgeht und zum Glück auch wie man mit den Schülern umgeht. Man kann Schüler so führen und so führen.



Zeichnung: Detlev Putzar, Lagerdurchgang Sachsenhausen 1947

